



Ratgeberserie

Unterstützung von KMU-
Politikmaßnahmen aus
Strukturfondsmitteln

Nutzung der
Strukturfonds für
Politikmaßnahmen
zur Förderung
von KMU und
Unternehmergeist

Unternehmen
und Industrie

6

Ratgeberserie

Unterstützung von KMU-
Politikmaßnahmen aus
Strukturfondsmitteln

Nutzung der Strukturfonds für Politikmaßnahmen zur Förderung von KMU und Unternehmergeist

Stärkung des europäischen Zusammenhalts durch ehrgeizige Maßnahmen zur Förderung von KMU und Unternehmergeist
Ein Ratgeber über den Einsatz der Strukturfonds zur Förderung unternehmerischen Denkens, zur Schaffung günstiger Entwicklungsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen und zur Unterstützung von Unternehmen während der Dauer ihrer Projekte

Dieser von der Europäischen Kommission erstellte Ratgeber wurde von Johanna Pacevicius Mente und Christina Diegelmann von der Versammlung der Regionen Europas, 6 rue Oberlin, 67000 Straßburg, Frankreich, Tel. +33 388-220 707 – E-Mail: secretariat@aer.eu – www.aer.eu, ausgearbeitet und verfasst. Die Schlussredaktion übernahm Emma La Ferla. Der Ratgeber enthält Informationen, die auf langjährigen Erfahrungen regionaler Akteure mit zahlreichen Projekten in ganz Europa sowie auf einschlägigen Studien beruhen. Obwohl die betreffenden Arbeiten unter der Anleitung von Beamten der Europäischen Kommission ausgeführt wurden, entsprechen die in dieser Broschüre geäußerten Ansichten nicht zwangsläufig der Meinung der Europäischen Kommission.

Weitere Informationen:

Europäische Kommission

Generaldirektion Unternehmen und Industrie

Referat D4: „Small Business Act“, KMU-Politik

E-Mail: Entr-SME-Envoy@ec.europa.eu

<http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/business-environment>

Der Ratgeber liegt in mehreren europäischen Sprachen vor. Die einzelnen Sprachfassungen sind unter folgender Adresse abrufbar: http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/regional-sme-policies/index_de.htm

Der Ratgeber enthält Informationen über die Nutzung der EU-Strukturfonds, allerdings kann keine rechtliche Verantwortung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Angaben übernommen werden. Jeder Antrag auf Inanspruchnahme der EU-Strukturfonds ist auf der Grundlage der Bestimmungen zu bewerten, die zum jeweiligen Zeitpunkt im Land der Antragstellung gelten.

Dieser Ratgeber ist Teil einer Serie, in der bislang folgende Titel erschienen sind:

- Nr. 1 Förderung des Unternehmergeistes und unternehmerischer Kompetenzen in der EU
- Nr. 2 Einsatz von Normen zur Förderung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation
- Nr. 3 Erleichterung von Unternehmensübertragungen
- Nr. 4 Der intelligente Ratgeber zum Thema Dienstleistungsinnovation
- Nr. 5 SBA-Umsetzung auf regionaler Ebene
- Nr. 6 Nutzung der Strukturfonds für Politikmaßnahmen zur Förderung von KMU und Unternehmergeist

Weder die Europäische Kommission noch in deren Namen handelnde Personen können für die etwaige Nutzung der in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen oder für eventuelle, trotz der sorgfältigen Vorbereitung und Prüfung der Texte noch vorhandene Fehler zur Verantwortung gezogen werden. Der Inhalt dieser Veröffentlichung spiegelt nicht zwangsläufig die Haltung der Europäischen Kommission wider. Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2013.

ISBN 978-92-79-41803-7

ISSN 1977-6659

DOI 10.2769/47123

© Europäische Union, 2013

Gedruckt in Belgien

Die Wiedergabe mit Quellenangabe ist gestattet, außer an den anderslautend ausgezeichneten Stellen. Die Erlaubnis zur Verwendung bzw. zum Nachdruck urheberrechtlich geschützten und als solches gekennzeichneten Materials muss von den jeweiligen Urheberrechtsinhabern eingeholt werden.

Vorwort



Die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen und die Förderung ihrer Wettbewerbsfähigkeit sind zentrale Faktoren für den Erfolg der Regionalpolitik, weshalb diese auch im kommenden Förderzeitraum weiter hohe Priorität genießen. Die regionale Wettbewerbsfähigkeit und der Erfolg der Strategien zur intelligenten Spezialisierung hängen in hohem Maß von den 23 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen in Europa und ihrer Fähigkeit ab, Wohlstand und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen.

Dieser Ratgeber ist eine Art „Rezeptsammlung“. Er beschreibt, wie konkrete Projekte zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen aus EU-Strukturfondsmitteln zu konzipieren, zu beantragen und durchzuführen sind. Er fußt auf früheren Initiativen in diesem Bereich und soll all jenen, die ein konkretes Projekt entwickeln, praktische Hilfe liefern. Darüber hinaus enthält er etliche Beispiele bewährter Verfahren.

Wir legen diesen Ratgeber politischen Entscheidungsträgern sowie Akteuren und Verwaltungsbehörden insbesondere auf regionaler Ebene ans Herz und hoffen, dass er sie zu konkreten Maßnahmen inspirieren wird, damit auch weiterhin Strukturfondsmittel für KMU-freundliche Initiativen Verwendung finden.

Antonio TAJANI
Vizepräsident der
Europäischen Kommission
zuständig für Industrie
und Unternehmertum

Johannes HAHN
Mitglied der Europäischen Kommission
zuständig für Regionalpolitik

László ANDOR
Mitglied der Europäischen
Kommission
zuständig für Beschäftigung,
Soziales und Integration

Inhalt

Abkürzungen	8
Einleitung	9
1. Die Kohäsionspolitik der EU – Ziele und Instrumente	11
1.1 Der Rahmen im Zeitraum 2007-2013 11	
1.2 Die künftige Kohäsionspolitik (2014- 2020).....	12
1.3 Die Instrumente der EU- Kohäsionspolitik.....	14
1.3.1 Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)	14
1.3.2 Der Europäische Sozialfonds (ESF) 15	
1.3.3 Weitere Fonds.....	16
1.3.4 Projekte, die Akteure in verschiedenen Ländern einbeziehen.....	17
2. Verwaltung und Planung der Strukturfonds	19
2.1 Verwaltung der Strukturfonds.....	19
2.2 Einflussnahme auf die Planung der Strukturfonds.....	21
2.2.1 Das Partnerschaftsprinzip.....	21
2.2.2 Mitwirkung an der Prioritätensetzung.....	21
2.2.3 Zeitlicher Ablauf.....	22
2.3 Praktische Hinweise zur optimalen Nutzung der Strukturfonds zur Förderung von KMU und Unternehmergeist	23
2.3.1 Der Projektantrag.....	23
2.3.2 Die Fördermittel.....	24
3. Planung und Ausarbeitung des Antrags .25	
3.1 Zeitplan	25
3.2 Informationen.....	25
3.3 Praktische Ratschläge.....	26
4. Beispiele bewährter Verfahren	27
4.1 Unternehmensschulung: Wie gründet man ein Unternehmen?.....	27
4.1.1 RÉALIS, Aktives Netz für soziale Innovation, mit EFRE-Mitteln gefördert.....	27
4.1.2 ENTREDI – Entrepreneurial Diversity, im Rahmen von INTERREG C gefördert.....	29
4.2 Beratung und Coaching für Unternehmer und Unternehmensgründer.....	32
4.2.1 Mechatronik für KMU, im Rahmen von INTERREG A gefördert.....	32
4.3 Förderung der Übertragung von Unternehmen auf die nächste Generation.....	37
4.3.1 Moderatoren zur Sicherung der Unternehmensnachfolge, mit ESF- Mitteln gefördert.....	37
4.4 Förderung von Konsolidierung, Wachstum, Innovation und Internationalisierung in Unternehmen. 41	
4.4.1 Innovationsförderprogramme („sanfte“ Maßnahmen) für KMU in Niederösterreich, mit EFRE-Mitteln gefördert.....	41
4.4.2 I2I (Innovation für Industrialisierung) für fortschrittliche Mikro- und Nanosysteme, mit ERDF-Mitteln gefördert.....	45
4.4.3 Das Wachstumsforum, mit ESF- und EFRE-Mitteln gefördert.....	48
Anhänge	53
Anhang 1: Nützliche Links und Informationsquellen	53
Anhang 2: Verwaltungsbehörden.....	55

Abkürzungen

BIP	Bruttoinlandsprodukt
BNE	Bruttonationaleinkommen
CIP	Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013)
CORDIS	Forschungs- und Entwicklungsinformationsdienst der Gemeinschaft
COSME	Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU 2014-2020
EFF	Europäischer Fischereifonds (2007-2013)
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EK	Europäische Kommission
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
EMFF	Europäischer Meeres- und Fischereifonds (2014-2020)
ENRD	Europäisches Netzwerk für ländliche Entwicklung
EP	Europäisches Parlament
ESF	Europäischer Sozialfonds
ETZ	Europäische territoriale Zusammenarbeit
EU	Europäische Union, am 1. November 1993 mit 12 Mitgliedstaaten gegründet. Aufgrund mehrerer Erweiterungen liegt die Zahl der Mitgliedstaaten derzeit bei 27 Ländern.
EU-12	(1. November 1993 bis 31. Dezember 1994): Belgien (BE), Griechenland (EL), Luxemburg (LU), Dänemark (DK), Spanien (ES), Niederlande (NL), Deutschland (DE), Frankreich (FR), Portugal (PT), Irland (IE), Italien (IT), Vereinigtes Königreich (UK)
EU-15	(1. Januar 1995 bis 30. April 2004): EU-12 plus Österreich (AT), Finnland (FI) und Schweden (SE)
EU-25	(1. Mai 2004 bis 31. Dezember 2006): EU-15 plus Polen (PL), Tschechische Republik (CZ), Zypern (CY), Lettland (LV), Litauen (LT), Slowenien (SI), Estland (EE), Slowakei (SK), Ungarn (HU) und Malta (MT)
EU-27	(ab 1. Januar 2007): EU-25 plus Bulgarien (BG) und Rumänien (RO)
FEI	Forschung, Entwicklung und Innovation
FuE	Forschung und Entwicklung
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GD REGIO	Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung
GD Beschäftigung	Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration
GD AGRI	Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
GD MARE	Generaldirektion Maritime Angelegenheiten und Fischerei
GSR	Gemeinsamer Strategischer Rahmen
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
INTERREG	Gemeinschaftsinitiative zur Förderung interregionaler Zusammenarbeit in der EU
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
LEADER	Französische Abkürzung für „Liaison Entre Actions de Développement de l'Économie Rurale“, zu Deutsch: „Verbindung von Maßnahmen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft“
NRO	Nichtregierungsorganisation
NRP	Nationale und regionale Programme
OP	Operationelles Programm
RP7	Siebtes Rahmenprogramm (2007-2013)
VB	Verwaltungsbehörde
VRE	Versammlung der Regionen Europas



Einleitung

Dieser Ratgeber entstand als Reaktion auf die Beobachtung, dass potenzielle Träger von Projekten, die auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und die Förderung des Unternehmergeistes abzielen, häufig nur bruchstückhaft über die Finanzierungsmöglichkeiten informiert sind, die die Strukturfonds bieten.

KMU werden schon seit langem mit Strukturfondsmitteln unterstützt, die mittlerweile zu einem wichtigen Instrument geworden sind, um das mit der Strategie „Europa 2020“ verfolgte intelligente, nachhaltige und integrative Wachstum zu erzielen. Die Strukturfonds sind aufgrund der geteilten Mittelverwaltung und insbesondere der Einbeziehung regionaler Akteure in die Festlegung und Umsetzung operationeller Programme bestens für den lokalen Kontext geeignet, der den Nährboden für kleine und mittlere Unternehmen bildet.

Im Programmzeitraum 2014-2020 wird die Rolle, die KMU und Unternehmergeist für die Neubelebung der Wirtschaft und die Erhöhung des allgemeinen Wohlstands spielen, noch stärker in den Mittelpunkt gerückt. Es ist daher wichtig, die entsprechenden Informationen möglichst weit zu verbreiten, um die Finanzierung regionaler Initiativen zur Förderung von KMU und Unternehmergeist zu sichern. Dies trägt auch zur Förderung eines Umfelds bei, in dem Unternehmer und Familienbetriebe gedeihen und unternehmerische Initiative belohnt wird.

Dieser Ratgeber erläutert zunächst den Kontext der Kohäsionspolitik sowie ihre Ziele und Finanzierungsinstrumente. Danach beleuchtet er die Fondsverwaltung und gibt praktische Hinweise zur Beantragung von Fördermitteln. Zum Schluss werden einige bewährte Verfahren vorgestellt und die Erfolge illustriert, die sich durch strukturfondsfinitanzierte Programme zur Förderung von KMU und Unternehmergeist erzielen lassen.

1

Die Kohäsionspolitik der EU – Ziele und Instrumente

Die Kohäsions- bzw. Regionalpolitik der EU ist in erster Linie als Investitionspolitik zu verstehen, die darauf abzielt, die wirtschaftlichen, sozialen und regionalen Unterschiede zwischen den Regionen in Europa zu verringern. Sie verfügt nach der Gemeinsamen Agrarpolitik über den zweitgrößten Haushalt und ist auf die Projektarbeit vor Ort ausgerichtet.

Die Kohäsionspolitik unterstützt die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Wettbewerbsfähigkeit, das Wirtschaftswachstum, eine bessere Lebensqualität und die nachhaltige Entwicklung. Ihre Investitionen tragen zur Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ bei.

Durch die Förderung der Gründung und Expansion von Unternehmen ist die Kohäsionspolitik ein maßgeblicher Faktor zur Ankurbelung der regionalen Wirtschaft.

1.1 Der Rahmen im Zeitraum 2007-2013

Obwohl sich der derzeitige Förderzeitraum seinem Ende zuneigt, ist es weiterhin möglich, Maßnahmen zur Förderung von KMU und Unternehmergeist im Rahmen dieses Zeitraums zu finanzieren. Kleine

und mittlere Unternehmen bilden das Rückgrat der europäischen Wirtschaft und stehen im Fokus der Regionalpolitik, die Projekte in einer Vielzahl von Bereichen unterstützt, von der Forschung über den Energiesektor bis hin zur Unternehmensförderung.

Die Kohäsionspolitik ist auf drei Ziele ausgerichtet:

Konvergenz – *Solidarität mit weniger entwickelten Regionen*

Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung – *Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Regionen für Unternehmen und Investoren*

Europäische territoriale Zusammenarbeit – *Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit*

Im Rahmen des Konvergenzziels werden 99 Regionen finanziell gefördert, und zwar solche, in denen das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt keine 75 % des EU-Durchschnitts erreicht, wie auch Regionen, die vor der EU-Erweiterung in den Jahren 2004 und 2007 unter diesem Wert lagen. Die Unterstützung für Letztere läuft 2013 aus („Phasing out“).

Die restlichen 172 Regionen können Fördermittel im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ in Anspruch nehmen. Regionen, die in der Vergangenheit unter das Konvergenzkriterium fielen, mittlerweile jedoch den Grenzwert von 75 % überschreiten, erhalten auch in der EU-15 zusätzliche Unterstützung („Phasing in“).¹

Das Ziel der europäischen territorialen Zusammenarbeit gilt für alle Regionen.

1.2 Die künftige Kohäsionspolitik (2014-2020)

Im Rahmen der Kohäsionspolitik 2014-2020² werden die Fördermittel auf insgesamt weniger, mit den Zielen der Strategie „Europa 2020“ vereinbare

Prioritäten konzentriert. Darüber hinaus werden die Ergebnisorientierung und der vermehrte Einsatz von Konditionalitäten stärker hervorgehoben. Beim intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum stehen kleine und mittlere Unternehmen weit oben auf der Agenda.

Der Gemeinsame Strategische Rahmen (GSR) wird Kernmaßnahmen zur Umsetzung der EU-Prioritäten sowie Hinweise zu der sämtliche Fonds³ betreffenden Programmplanung enthalten und eine bessere Koordinierung zwischen den einzelnen Strukturinstrumenten der EU vorsehen.

In der Strategie „Europa 2020“ sind die Ziele der EU für den Zeitraum 2010-2020 dargelegt, die auf intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum ausgerichtet sind.

„Europa 2020“ im Überblick		
KERNZIELE		
<ul style="list-style-type: none"> - Erhöhung der Beschäftigungsquote unter den 20- bis 64-Jährigen von derzeit 69 % auf mindestens 75 % - Investitionen in Höhe von 3 % des BIP in FuE, insbesondere durch verbesserte Bedingungen für FuE-Investitionen des Privatsektors, sowie Entwicklung eines neuen Indikators zur Erfassung von Innovation - Verringerung der Treibhausgasemissionen um mindestens 20 % gegenüber 1990 bzw. um 30 %, wenn die Bedingungen dies zulassen, Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien an unserem Energieendverbrauch auf 20 % sowie Steigerung der Energieeffizienz um 20 % - Verringerung der Zahl der unter den nationalen Armutsgrenzen lebenden Europäer um 25 %, wodurch 20 Millionen Menschen aus der Armut befreit würden 		
INTELLIGENTES WACHSTUM	NACHHALTIGES WACHSTUM	INTEGRATIVES WACHSTUM
INNOVATION EU-Leitinitiative „ Innovationsunion “ zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Verfügbarkeit finanzieller Mittel für Forschung und Innovation, um die Innovationskette zu stärken und die Investitionen in der Union zu erhöhen.	KLIMA, ENERGIE UND MOBILITÄT U-Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ zur Abkopplung des Wirtschaftswachstums von der Ressourcennutzung durch den Einsatz kohlenstoffarmer Technologien, die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, die Modernisierung unseres Verkehrswesens und die Förderung von Energieeffizienz.	BESCHÄFTIGUNG UND QUALIFIKATIONEN EU-Leitinitiative „ Neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten “ zur Modernisierung der Arbeitsmärkte, indem die Mobilität der Erwerbstätigen und der lebenslange Erwerb von Qualifikationen erleichtert werden, um die Beschäftigungsquote zu erhöhen und Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt besser aufeinander abzustimmen.
BILDUNG EU-Leitinitiative „ Jugend in Bewegung “, um unsere Bildungssysteme leistungsfähiger und das europäische Hochschulwesen attraktiver für Studenten aus aller Welt zu machen.	WETTBEWERBSFÄHIGKEIT EU-Leitinitiative „ Eine Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung “ zur Verbesserung des Geschäftsumfelds, insbesondere für KMU, und zur Förderung einer starken und tragfähigen Industriestruktur, die international wettbewerbsfähig ist.	BEKÄMPFUNG DER ARMUT EU-Leitinitiative „ Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut “ zur Gewährleistung des sozialen und territorialen Zusammenhalts, damit die Vorteile von Wachstum und Beschäftigung allen zugute kommen, und Menschen, die unter Armut und sozialer Ausgrenzung leiden, in Würde leben und sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen können.
DIGITALE GESELLSCHAFT EU-Leitinitiative „ Eine digitale Agenda für Europa “, um die Verbreitung des Hochgeschwindigkeits-Internets zu beschleunigen und die Vorteile eines digitalen Binnenmarktes für Haushalte und Unternehmen zu nutzen.		

Projektinitiatoren wird empfohlen, die übergreifenden Ziele der Strategie „Europa 2020“ in ihren Antrag einzubringen, um sicherzustellen, dass das Projekt optimal geeignet ist.

1. Details zur Einstufung der Regionen finden sich auf folgender Landkarte: www.ec.europa.eu/regional_policy/atlas2007/index_de.htm

2. Gesetzgebungsvorschläge zur Kohäsionspolitik der EU 2014-2020: www.ec.europa.eu/regional_policy/what/future/proposals_2014_2020_de.cfm

3. Zu den sogenannten GSR-Fonds gehören der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds (ESF), der Kohäsionsfonds (KF), der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und der geplante Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF).

Die Regionen werden in drei Kategorien eingestuft, denen das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt gemessen am Durchschnitt der EU-27 zugrunde liegt: weniger entwickelte Regionen (Pro-Kopf-BIP unter 75 %), Übergangsregionen (Pro-Kopf-BIP zwischen 75 % und 90 %) und stärker entwickelte Regionen (Pro-Kopf-BIP über 90 %).

Das **Partnerschaftsprinzip** ist Ausgangspunkt für den vorgeschlagenen „Europäischen Verhaltenskodex“, der dazu dienen soll, die Ziele und Kriterien darzulegen, die die Einsetzung von Partnerschaften fördern, und den Austausch von Informationen, Erfahrungen, Ergebnissen und bewährten Verfahren unter den Mitgliedsstaaten zu ermöglichen.

Das **Paket aus elf thematischen Zielen**, zu denen für jeden Fonds Kernmaßnahmen zu entwickeln sind, sieht als spezifisches Gebiet die Wettbewerbsfähigkeit von KMU vor. Darüber hinaus können auch die meisten anderen thematischen Ziele Elemente aufweisen, die KMU oder den Unternehmergeist betreffen. So kann beispielsweise die Umstellung auf eine CO₂-arme Wirtschaft zur Finanzierung von Projekten dienen, die eine Verbesserung der Energieeffizienz oder die Förderung erneuerbarer Energien in kleinen und mittleren Unternehmen anstreben. Andere thematische Ziele sind die Forschung und Innovation, die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) sowie Bildung, Qualifikationen und lebenslanges Lernen, die allesamt für Maßnahmen zur Förderung von KMU und Unternehmergeist relevant sind.

Alle Mitgliedstaaten müssen pro Land eine **Partnerschaftsvereinbarung** erarbeiten. Die Vereinbarungen werden in Zusammenarbeit mit den Regionalbehörden verfasst und mit der Europäischen Kommission verhandelt. Sie regeln die Verpflichtungen der zentralstaatlichen und **regionalen Partner einerseits und der Europäischen Kommission andererseits**. Die Vereinbarungen knüpfen an die **Strategie „Europa 2020“ und die nationalen Reformprogramme an**. Sie umfassen eine **integrierte Strategie für die territoriale Entwicklung, die durch sämtliche GSR-Fonds unterstützt wird, eine Liste aller operationellen Programme und Ziele, die auf Indikatoren, stra-**

tegischen Investitionen und Konditionalitäten beruhen. In den Partnerschaftsvereinbarungen werden zudem die Berichtspflichten beschrieben und die Koordinationsstrukturen festgelegt und auf die Nutzung wechselseitiger Ergänzungen in GSR-Fonds und anderen EU-Instrumenten (etwa der Fazilität „Connecting Europe“, dem Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU (COSME), Horizont 2020 oder anderen Programmen) hingewiesen, um Duplizierungen zu vermeiden. Die Partner sind in den Ausschüssen vertreten, die die Programme überwachen.

Die **integrierte Programmplanung** wird durch die Einführung gemeinsamer Regelungen zur Förderfähigkeit und gemeinsamer finanzieller Regelungen sowie die Möglichkeit der Einführung fondsübergreifender Programme für den EFRE, den ESF und den Kohäsionsfonds ausgeweitet. Durch ein integriertes Konzept für die lokale Entwicklung unter kommunaler Führung wird die Umsetzung lokaler Entwicklungsstrategien durch kommunale Gruppen, etwa Kommunalbehörden, Nichtregierungsorganisationen oder Wirtschafts- und Sozialpartner, nach dem Vorbild des im Bereich der ländlichen Entwicklung angewandten LEADER-Konzepts ermöglicht.

Finanzinstrumente werden zunehmend als effizientere Alternative oder in Ergänzung zu herkömmlichen Beihilfen Verwendung finden. Soweit machbar, können Finanzinstrumente eingesetzt werden, um bei Marktschwächen Investitionen in Projekte zu ermöglichen, die eine entsprechende Rückzahlungsfähigkeit besitzen. Solche Finanzinstrumente können auf das gesamte Spektrum der in den Programmen enthaltenen politischen Ziele angewendet werden. Die Mitgliedstaaten und Verwaltungsbehörden können sie entweder maßgeschneidert oder auf der Grundlage vordefinierter Modelle im Bereich nationaler oder regionaler Instrumente einsetzen, die eine effiziente Durchführung von Vorhaben im Einklang mit den von der Kommission vorgeschlagenen Standardbestimmungen ermöglichen. Die Verwaltungsbehörden können sich zudem an Finanzinstrumenten beteiligen, die auf EU-Ebene eingerichtet wurden, und zwar mit Mitteln, die für Investitionen im Rahmen der betreffenden Programme vorgesehen sind.

1.3 Die Instrumente der EU-Kohäsionspolitik

Die EU-Regionalpolitik wird hauptsächlich aus drei Fonds finanziert: dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF), die beide auch als „Strukturfonds“ bezeichnet werden, und dem Kohäsionsfonds (KF). Für diese Fonds gilt der Grundsatz der Kofinanzierung und der geteilten Mittelverwaltung. Die von der EU vergebenen Fördermittel müssen stets durch innerstaatlich bereitgestellte öffentliche oder private Mittel ergänzt werden. Die Kofinanzierung beträgt, abhängig von einer Reihe sozioökonomischer Faktoren, zwischen 50 % und 85 % der aufgewendeten Gesamtkosten. Während die für EFRE- und ESF-Maßnahmen geltenden Leitlinien auf europäischer Ebene erarbeitet werden, liegt die Durchführung der Maßnahmen in den Händen der jeweils zuständigen nationalen oder regionalen Behörden.

1.3.1 Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung fördert die Entwicklung und den Strukturwandel im Bereich der Regionalwirtschaft, einschließlich der Umwandlung darniederliegender Industriegebiete. Die Fördermittel können entweder als Finanzhilfen oder durch Finanzinstrumente vergeben werden.

Die Haushaltsmittel für den aktuellen Zeitraum 2007–2013 belaufen sich auf insgesamt 201 Mrd. EUR. Dies sind 58 % der Gesamtfördermittel der Strukturfonds von 347 Mrd. EUR. Der Fonds wird von der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung (GD REGIO) verwaltet.

Im kommenden Programmzeitraum 2014–2020 trägt der EFRE zu allen thematischen Zielen bei, allerdings besteht eine Reihe von Investitionsprioritäten.⁴ Im Kontext von Maßnahmen zur Förderung von KMU und Unternehmergeist spielen insbesondere die folgenden thematischen Ziele eine Rolle:

- Ziel 1: Stärkung von Forschung, technischer Entwicklung und Innovation
- Ziel 2: Verbesserung des Zugangs sowie der Nutzung und Qualität der Informations- und Kommunikationstechnologie
- Ziel 3: Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU

- Ziel 8: Förderung von Beschäftigung und Arbeitskräftemobilität
- Ziel 9: Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut

Zu den Interventionsbereichen des EFRE⁵ zählen insbesondere

- produktive Investitionen, die zur Schaffung und Erhaltung dauerhafter Arbeitsplätze beitragen, durch direkte Investitionshilfen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU);
- die Erschließung des endogenen Potenzials durch die Unterstützung der regionalen und lokalen Entwicklung, der Forschung und der Innovation.

Der EFRE gewährt KEINE Unterstützung für die Stilllegung von Kernkraftwerken, die Verringerung von Treibhausgasemissionen in Anlagen, die unter die Richtlinie 2003/87/EG fallen, die Herstellung, Verarbeitung und Vermarktung von Tabak und Tabakerzeugnissen sowie Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß der Definition in den EU-Vorschriften über staatliche Beihilfen.

Ein weiteres wichtiges Merkmal des Rechtsakts ist die zunehmende Bedeutung von Finanzinstrumenten. Dies können Darlehen, Bürgschaften usw. sein.

Welche Projekte werden konkret durch den EFRE gefördert?

- Forschungs- und Innovationsinfrastruktur (FuI), FuI-Spitzenleistungen, betriebliche FuI-Investitionen, Produkt- und Dienstleistungsentwicklung, Technologietransfer, soziale Innovationen und ihre Anwendung im öffentlichen Sektor, Nachfragestimulierung, Vernetzung, Cluster und offene Innovation durch intelligente Spezialisierung, technische und angewandte Forschung, Pilotlinien, Maßnahmen zur frühzeitigen Produktvalidierung, fortschrittliche Fertigungskapazitäten und Erstproduktion im Bereich von Schlüsseltechnologien, Verbreitung von Allzwecktechnologien
- Entwicklung von IKT-Produkten, IKT-Diensten und E-Commerce; IKT-Anwendungen für E-Government, E-Learning, digitale Integration und elektronische Gesundheitsdienste

4. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit besonderen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und das Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“, KOM (2011) 614 endg., Kapitel I, Artikel 5.

5. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit besonderen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und das Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“, KOM (2011) 614 endg., Kapitel I, Artikel 3.

- Unternehmergeist, wirtschaftliche Nutzung neuer Ideen und Förderung von Unternehmensgründungen, neue Geschäftsmodelle für KMU, insbesondere für ihre Internationalisierung
- Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien in KMU
- Entwicklung von Gründerzentren und Investitionsunterstützung für Selbständige und Unternehmensgründungen
- Hilfe bei der Sanierung und wirtschaftlichen Belebung städtischer und ländlicher Problemgebiete, Unterstützung von Sozialunternehmen

Die Projektdatenbanken der GD REGIO⁶ enthalten beispielhaft Projekte, die mit EFRE-Mitteln unterstützt wurden. Ausgewählte Projekte finden sich zudem in Kapitel 4.

1.3.2 Der Europäische Sozialfonds (ESF)

Der Europäische Sozialfonds (ESF) dient dazu, die Unterschiede beim Wohlstand und Lebensstandard zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den verschiedenen EU-Regionen zu verringern. Er wird zur Beschäftigungsförderung in der EU eingesetzt und hilft den Mitgliedstaaten, europäische Arbeitskräfte und Firmen besser auf neue globale Herausforderungen einzustellen.

Die ESF-Mittel belaufen sich derzeit (Förderzeitraum 2007-2013) auf 76 Mrd. EU bzw. 22 % der gesamten Strukturfondsmittel. Sie werden von der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration verwaltet.

Der ESF fördert die Gestaltung einer produktiveren Arbeitsorganisation und Konzepte für das lebenslange Lernen. Des Weiteren werden Arbeitsuchende, Nichterwerbstätige, Frauen und Migranten beim Arbeitsmarktzugang unterstützt, was die soziale Eingliederung benachteiligter Personen und die Bekämpfung der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt erleichtert. Ein weiteres Ziel ist die Stärkung von Arbeitnehmern durch die Reform der Bildungssysteme und die Vernetzung von Bildungseinrichtungen.

Der ESF kann von allen Regionen in Anspruch genommen werden, der Großteil der Mittel geht jedoch an weniger entwickelte Regionen.

Im kommenden Programmzeitraum 2014-2020 widmet sich der ESF vier thematischen Zielen.⁷ Die ersten drei davon stehen direkt mit Maßnahmen zur Förderung von KMU und Unternehmergeist in Verbindung:

- Ziel 8: Förderung der Beschäftigung und Unterstützung der Arbeitskräftemobilität
- Ziel 9: Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut
- Ziel 10: Investitionen in Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen
- Ziel 11: Verbesserung der institutionellen Kapazitäten und Förderung einer effizienten öffentlichen Verwaltung

Das Ziel ist, Partnerschaften zu stärken und die Sozialpartner sowie Nichtregierungsorganisationen zu ermutigen, sich an ESF-Investitionen zu beteiligen. Durch einen höheren Kofinanzierungssatz für bestimmte Prioritätsachsen werden zudem soziale Innovationen und die länderübergreifende Zusammenarbeit gefördert. Wie beim Europäischen Fonds für regionale Entwicklung wird der Einsatz von Finanzinstrumenten deutlich ausgeweitet.

Welche Maßnahmen werden durch den ESF unterstützt?

- Lokale Beschäftigungsinitiativen und Arbeitskräftemobilität; die dauerhafte Eingliederung junger Menschen, Unternehmergeist und Existenzgründungen (durch Zuschüsse, Darlehen usw.); die Geschlechtergleichstellung; die Anpassung von Arbeitskräften, Firmen und Unternehmern an den Wandel; die grenzüberschreitende Mobilität von Arbeitskräften (Auslandsschulungen)
- Maßnahmen zur Verringerung der Zahl an Schulabbrechern und zur Förderung der Chancengleichheit beim Zugang zu hochwertiger Bildung; die Qualität, Effizienz und Durchlässigkeit des Bildungswesens; das lebenslange Lernen
- Maßnahmen zur Eingliederung und zur Bekämpfung von Diskriminierung; die Sozialwirtschaft und Sozialunternehmen; Strategien für die lokale Entwicklung unter kommunaler Führung
- Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau bei beschäftigungs-, bildungs- und sozialpolitisch tätigen Akteuren

6. www.ec.europa.eu/regional_policy/projects/stories/index_de.cfm

7. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Sozialfonds, COM(2011) 607 final/2.

1.3.3 Weitere Fonds

- **Der Kohäsionsfonds** ist Mitgliedstaaten mit einem Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf von weniger als 90 % des EU-Durchschnitts vorbehalten. Im jetzigen Programmzeitraum sind alle zwölf der zuletzt beigetretenen Mitgliedstaaten sowie Portugal und Griechenland förderfähig (in Spanien läuft die Förderung durch den Kohäsionsfonds aus). Die Fördermittel werden dezentral vergeben und auf Ebene der Mitgliedstaaten verwaltet. Sie belaufen sich auf 70 Mrd. EUR. Finanziert werden transeuropäische Verkehrsnetze sowie Projekte in den Bereichen Umwelt, Energie und Verkehr (Energieeffizienz, Einsatz erneuerbarer Energien, Ausbau des Schienenverkehrs, Förderung der Vernetzung von Luftverkehr, Schiene und Straße, Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs usw.).

Der Kohäsionsfonds ist für die Förderung von KMU und Unternehmergeist weniger relevant, da er vornehmlich Mittel für Infrastruktureinrichtungen bereitstellt

Auch wenn die beiden folgenden Fonds nicht Teil der Kohäsionspolitik sind, werden sie den sogenannten GSR-Fonds⁸ zugerechnet und können Projektentwicklern im Bereich KMU und Unternehmertum in ländlichen Regionen und in Meeresregionen interessante Möglichkeiten bieten:

- **Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)** fördert ländliche Entwicklungsprogramme in den Mitgliedstaaten. Er weist vier Prioritätsachsen auf:
 - Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Land- und Forstwirtschaft
 - Umwelt- und Landschaftsschutz
 - Verbesserung der Lebensqualität in ländlichen Gebieten und stärkere Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft
 - LEADER, ein Programm zur Einführung von Finanzierungsmöglichkeiten für lokale Ansätze zur Entwicklung des ländlichen Raums

Im Programmzeitraum 2007–2013 belaufen sich die ELER-Mittel auf insgesamt 96,2 Mrd. EUR. Der Fonds wird von der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (GD AGRI) verwaltet.

Der Fonds bietet Unternehmen und Betrieben, die in den geförderten Bereichen tätig sind, eine große Bandbreite an Finanzierungsmöglichkeiten, etwa zur Bewältigung der Herausforderungen, die sich aus dem Strukturwandel und dem zunehmenden Wettbewerb auf den globalisierten Nahrungsmittelmärkten ergeben, zur Erhaltung von Artenvielfalt und wertvollen Landschaften, zur Sicherung einer nachhaltigen Wasserwirtschaft, zur Begrenzung des Klimawandels, zur Förderung erneuerbarer Energien und von Investitionen und Innovationen in der ländlichen Wirtschaft und in ländlichen Gemeinden.

Für den kommenden Programmzeitraum 2014–2020 enthält die Verordnung⁹ Bestimmungen für die Ausarbeitung, Genehmigung und Überprüfung von Programmen, die weitgehend den derzeitigen Vorschriften entsprechen. Sie ermöglicht zudem Teilprogramme (etwa für Junglandwirte, Kleinlandwirte, Berggebiete und kurze Versorgungsketten), denen eine höhere Beihilfeintensität zugute kommt.

Lassen Sie sich inspirieren!

Die vom Europäischen Netzwerk für ländliche Entwicklung (ENRD) aufgebaute Datenbank beschreibt eine Vielzahl von Projekten im Bereich der ländlichen Entwicklung.¹⁰

- **Der Europäische Fischereifonds (EFF)¹¹** dient der Unterstützung der Gemeinsamen Fischereipolitik. Er ist auf fünf Schwerpunkte konzentriert:
 - Maßnahmen zur Anpassung der EU-Fischereiflotte
 - Aquakultur, Binnenfischerei, Verarbeitung und Vermarktung
 - Kollektive Aktionen
 - Nachhaltige Entwicklung von Fischwirtschaftsgebieten
 - Technische Hilfe

Die EFF-Mittel belaufen sich im Zeitraum 2007–2013 auf 4,3 Mrd. EUR. Der Fonds wird von der Generaldirektion Maritime Angelegenheiten und Fischerei (GD MARE) verwaltet.

8. Siehe Abschnitt 1.2: „Die künftige Kohäsionspolitik (2014–2020)“.

9. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), KOM(2011) 627 endg.

10. www.enrd.ec.europa.eu/policy-in-action/rdp_view/de/view_projects_de.cfm

11. Verordnung des Rates (EG) Nr. 1198/2006 vom 27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds.

Die Fördermittel sind für alle Fischereibereiche zugänglich. Besonders unterstützt werden Fischereigemeinden, die durch die jüngsten Sektorveränderungen besonders stark getroffen wurden. Sie erhalten Fördermittel für Maßnahmen zur Diversifizierung und zur Stärkung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung.

Für den kommenden Programmzeitraum 2014-2020 schlägt die Kommission die Einrichtung eines neuen Fonds – des Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF)¹² – vor, der den derzeitigen EFF ersetzen soll. KMU und Unternehmer, die in diesem Bereich tätig sind, dürften sich vor allem für folgende Prioritäten interessieren: Erhöhung der Rentabilität des Fischfangs, Unterstützung der handwerklichen Fischerei, Entwicklung einer nachhaltigen Aquakultur, Verbesserung der wissenschaftlichen Kenntnisse.

1.3.4 Projekte, die Akteure in verschiedenen Ländern einbeziehen

1.3.4.1 Europäische territoriale Zusammenarbeit

Ziel der europäischen territorialen Zusammenarbeit (ETZ) ist die Überwindung physischer, administrativer und regulatorischer Hemmnisse, die der Kohäsion im Wege stehen, und die Beseitigung des „Grenzeffekts“ zwischen Gebieten und Regionen, damit gemeinsame Herausforderungen vereint angegangen werden können.

Das Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ wird aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanziert, der derzeit über Fördermittel in Höhe von 8,7 Mrd. EUR oder 2,5% des Gesamthaushalts verfügt.

Im kommenden Programmzeitraum 2014-2020 wird die Rolle dieses Ziels in Anerkennung seiner Bedeutung bei der Förderung des territorialen Zusammenhalts in einer eigenständigen Verordnung genauer dargelegt.¹³

Die europäische territoriale Zusammenarbeit umfasst drei Bereiche:

- **Die grenzübergreifende Zusammenarbeit** (INTERREG A) betrifft die Zusammenarbeit zwi-

schen benachbarten Grenzgebieten zur Förderung einer integrierten Regionalentwicklung. INTERREG A ist, was die Mittel und die Zahl der Programme angeht, der bei weitem größte Bereich.

Im Rahmen von INTERREG IVA gibt es 52 operationelle Programme, die allesamt Teile eines Grenzgebiets abdecken, das sich über verschiedene EU-Mitgliedstaaten erstreckt. Eine Organisation oder Behörde kann nur dann an einem INTERREG-IVA-Programm teilnehmen, wenn sie im förderfähigen Gebiet des betreffenden Programms angesiedelt ist.

Wie können KMU an grenzüberschreitenden Projekten teilnehmen?

INTERREG A fördert den Aufbau grenzüberschreitender Cluster. Ein Beispiel dafür ist Biovalley¹⁴, ein auf drei Länder verteiltes Cluster im Bereich der Biowissenschaften, das mit Mitteln aus dem Programm „Oberrhein“ kofinanziert wird und 600 Unternehmen umfasst. Unterstützt werden auch der Bereich Forschung und Entwicklung, etwa durch das interdisziplinäre Forschungs- und Transferprojekt „TKV FO“¹⁵, das im Rahmen des Programms „Deutschland – Nederland“ kofinanziert wird, sowie die Schaffung neuer Tätigkeitsfelder und der Erhalt einer starken KMU-Präsenz durch das Projekt „Benefits“¹⁶, das Mittel aus dem Programm „France (Channel) – England“ erhält.

- **Die transnationale Zusammenarbeit** (INTERREG B) betrifft nicht aneinander angrenzende Regionen in verschiedenen Ländern, die aufgrund gemeinsamer Erfahrungen oder vergleichbarer Probleme miteinander kooperieren. INTERREG IVB ist in dreizehn operationelle Programme unterteilt, wobei jedes der Programme von einem Sekretariat betreut wird und einen bestimmten Teil des EU-Territoriums abdeckt. Alle Mitgliedstaaten können sich an INTERREG IVB beteiligen, allerdings muss die betreffende Organisation oder Behörde im förderfähigen Gebiet eines der Programme angesiedelt sein.

12. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gemeinsame Fischereipolitik, KOM(2011) 425 endg.
 13. EU Cohesion Policy 2014-2020 legislative proposals: www.eceuropa.eu/regional_policy/what/future/proposals_2014_2020_en.cfm
 14. www.biovalley.co
 15. www.hs-niederrhein.de/forschung/highlights/tkvfo/
 16. interreg4a-manche.eu/index.php?option=com_sobi2&sobi2Task=sobi2Details&catid=3&sobi2Id=3095&Itemid=&lang=en
 17. www.eval-inno.eu/

Wie können KMU und potenzielle Unternehmer profitieren?

INTERREG B unterstützt Innovationen und unternehmerische Initiative in Südosteuropa, indem es im Rahmen des Projekts „Eval-Inno“¹⁷ die Evaluierungskompetenz in den Bereichen Forschung, Technologie und Innovation fördert. Das im Rahmen des Programms „Südwesteuropa“ kofinanzierte Projekt „CREA NET 2.0“¹⁸ unterstützt Innovationslabore und die unternehmerische Kreativität ganz allgemein.

- Die **interregionale Zusammenarbeit** (INTERREG C) dient dazu, die Wirksamkeit von Strategien und Instrumenten im Bereich der Regionalentwicklung durch einen weitreichenden Austausch von Informationen und Erfahrungen (über Netzwerke) zu erhöhen. Auf dieses Programm entfällt der geringste Teil der Fördermittel, es deckt allerdings sämtliche EU-Regionen ab.

Auf welche Weise verbessert der Austausch bewährter Verfahren die wirtschaftlichen Bedingungen?

INTERREG C ermöglicht die europaweite Verbreitung bewährter Verfahren durch das auf junge Unternehmer ausgerichtete YES-Projekt („Youth Entrepreneurship Strategies“). Ein Beispiel dafür sind die Erfahrungen mit der Lehrerausbildung im Bereich Unternehmertum im Rahmen des Projekts „Framtidsfron – Future Seeds“¹⁹ in Östergötland. Ebenfalls gefördert wird die Verbreitung erfolgreicher Maßnahmen im Bereich der Unternehmensförderung. Dazu zählt die Verbreitung des von Kompass – Zentrum für Existenzgründungen in Frankfurt, entwickelten 4+1-Modells²⁰ im Rahmen des Projekts ENTREDI.

1.3.4.2 Transnationale Zusammenarbeit im Rahmen operationeller Programme

Die interregionale Zusammenarbeit kann auch im Rahmen operationeller Programme des Europäischen Sozialfonds oder des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung stattfinden, und

zwar entweder auf horizontaler Ebene (interregionale Zusammenarbeit in allen Bereichen des Programms) oder über eine bestimmte Prioritätsachse (interregionale Zusammenarbeit in einem spezifischen Bereich). Die Einbeziehung interregionaler Zusammenarbeit in operationelle Programme sorgt für **größere Flexibilität**, da die Projektträger auch Anträge einreichen können, ohne auf die Veröffentlichung von INTERREG-Aufforderungen warten zu müssen. Darüber hinaus haben sie mehr Spielraum bei der Auswahl ihrer Partner.

Der Erfahrungsaustausch im Rahmen von INTERREG C ist vor allem zur Aufnahme in operationelle Programme gedacht, die der Umsetzung des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“²¹ dienen.

Welche Art interregionaler Projekte eignet sich für die Aufnahme in ein operationelles Programm?

Die französische Region Limousin nahm fünf strategische Prioritäten in ihr operationelles Programm auf. Nummer fünf ist die **Ermöglichung von Partnerschaften im Bereich der regionalen und internationalen Zusammenarbeit**.²² Genauer gesagt konzentrierte sich die Region auf die Ergebnisverwertung, den Erfahrungsaustausch, den Ausbau internationaler Netzwerke und die Fortführung von Maßnahmen zur Verbreitung bewährter Verfahren und zur Förderung der Eigenverantwortung in diesem Bereich.

Das Projekt „RUR@CT“²³ ist ein Beispiel für die interregionale Zusammenarbeit im Rahmen eines INTERREG-C-Projekts zum Austausch bewährter Verfahren, das derzeit durch EFRE-Mittel im Rahmen des regionalen operationellen Programms zur Weitergabe erfolgreicher Verfahren finanziert wird. Viele Projekte im Bereich der ländlichen Entwicklung zielen unter anderem auf die Verbreitung bewährter Verfahren ab, so auch die Initiative „ObjectifCréation“²⁴, die die Gründung und Übertragung von Unternehmen fördern soll.

18. www.creabusinessidea.com/

19. www.framtidsfron.se/

20. www.em3supportforbusiness.org.uk/the-4-1-model/

21. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds, für die der Gemeinsame Strategische Rahmen gilt, sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds, KOM(2011) 615 endg., Titel II, Programmplanung, Kapitel I: Allgemeine Bestimmungen zu den Fonds, Artikel 87.

22. Das operationelle Programm der Region Limousin ist unter folgender Adresse (auf Französisch) abrufbar: www.europeenlimousin.fr/upload/documentation/fichiers/po2011.pdf, eine Zusammenfassung findet sich unter: www.ec.europa.eu/regional_policy/country/prordnd/details_new.cfm?gv_PAY=FR&gv_reg=ALL&gv_PGM=1122&gv_defl=7&LAN=7

23. www.ruract.eu

24. www.region-limousin.fr/Objectif-Creation,321

2

Verwaltung und Planung der Strukturfonds

2.1 Verwaltung der Strukturfonds

Während die Leitlinien für Strukturfonds-Maßnahmen auf europäischer Ebene festgelegt werden, sind die zuständigen nationalen bzw. regionalen Behörden für ihre Durchführung vor Ort verantwortlich. Die Behörden arbeiten die operativen Programme aus und kümmern sich um die Auswahl und Überwachung der Projekte. Aufgrund der dezentralen Verwaltung der Strukturfonds sind die Mittel über die Mitgliedstaaten und Regionen abrufbar; die Projekte werden also nicht direkt aus Brüssel finanziert. Die Fördermittel werden auf nationaler und/oder regionaler Ebene verwaltet, so dass Anträge nicht bei der Europäischen Kommission, sondern bei den Verwaltungsbehörden in den Ländern oder Regionen einzureichen sind, die für die Verwaltung des EFRE oder des ESF zuständig sind.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Kohäsionspolitik ist die Tatsache, dass die von der EU vergebenen Fördermittel stets zusätzlich durch innerstaatlich bereitgestellte öffentliche oder private Gelder ergänzt werden müssen. Der Umfang der EU-Mittel richtet sich nach der Situation vor Ort. Die Kofinanzierung ist von einer Reihe sozioökonomischer Faktoren abhängig und beträgt zwischen

50 % und 85 % der für die Maßnahmen aufgewendeten Gesamtkosten.

Die Mitgliedstaaten oder Regionen legen für jedes operationelle Programm eine Verwaltungsbehörde, eine Bescheinigungsbehörde und eine funktionell unabhängige Prüfbehörde fest.

Operationelle Programme²⁵ sind Mehrjahresprogramme, die auf nationaler oder regionaler Ebene vereinbart und anschließend mit der Europäischen Kommission verhandelt werden. Sie legen die Finanzierungsprioritäten für einen spezifischen Politikbereich oder eine bestimmte Region sowie die Höhe der durch die verschiedenen Finanzinstrumente bereitgestellten Fördermittel fest. Operationelle Programme sind entweder auf ein Thema oder auf eine Region ausgerichtet. An ihrer Umsetzung ist eine breite Palette öffentlicher und privater Einrichtungen beteiligt, darunter nationale, regionale und lokale Behörden, Bildungs- und Schulungseinrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und gemeinnützige Vereine, verschiedene Unternehmerverbände, etwa die einzelnen Kammern (Handelskammern, Handwerkskammern usw.), und die Sozialpartner, beispielsweise Gewerkschaften, Betriebsräte sowie Industrie- und Berufsverbände.

25. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds, für die der Gemeinsame Strategische Rahmen gilt, sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds, KOM(2011) 615 endg., Titel II, Programmplanung, Kapitel I: Allgemeine Bestimmungen zu den Fonds, Artikel 87.

Die Gesamtverantwortung für ein operationelles Programm wird einer **Verwaltungsbehörde** übertragen. Verwaltungsbehörden sind auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene organisiert, wobei es sich um öffentliche Behörden oder um öffentlich-private Einrichtungen handeln kann. Sie sind für den wirksamen und effizienten Einsatz der Fördermittel verantwortlich, was eine Reihe von Aufgaben im Bereich der Verwaltung und Überwachung des Programms, der Verwaltung und Kontrolle der Finanzen und der Auswahl der Projekte beinhaltet. Die Verwaltungsbehörden werden von einer oder mehreren zwischengeschalteten Stellen unterstützt. Sie tragen gemeinsam mit den Mitgliedstaaten die Verantwortung dafür, dass die eingesetzte Kommunikationsstrategie alle Bürgerinnen und Bürger erreicht. Die Verwaltungsbehörden dienen als Kontaktstellen für die Europäische Kommission und die Bescheinigungs- und Prüfbehörden sowie für die Projektträger und potenziellen Empfänger. Die Bescheinigungs- und Prüfbehörden gewährleisten eine ordnungsgemäße Buchhaltung, die Einhaltung der geltenden europäischen und nationalen Bestimmungen und die Überwachung der Verwaltungssysteme.²⁶

Die Beantragung von Mitteln aus dem ESF und dem EFRE erfolgt gewöhnlich im Anschluss an zeitlich begrenzte **Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen**, die von den Verwaltungsbehörden veröffentlicht werden. Allerdings sind diese Aufforderungen nicht gleichmäßig über die EU verteilt. Überdies ist es bisweilen möglich, ein Projekt im Rahmen laufender Programme zu beantragen.

Die Empfänger erarbeiten einzelne Projekte, für die sie Fördermittel beantragen. Falls diese bewilligt werden, sind sie für die Projektdurchführung und die Berichterstattung über die Fortschritte an die Verwaltungsbehörde verantwortlich.

Beispiel für eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des EFRE

„Diese Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Stimulierung der Unternehmensentwicklung (*Priorität 2*) steht Antragstellern aus Einrichtungen offen, die schwerpunktmäßig kleine und mittlere Unternehmen in den West Midlands unterstützen. Das Ziel ist die Förderung von

Unternehmergeist und Wachstum. Die Bewerber werden aufgefordert, Antragsentwürfe zu neuen Projekten bzw. zur Fortführung oder Ausweitung von in den West Midlands bereits bestehenden EFRE-Projekten im Bereich von Priorität 2 einzureichen.“ West Midlands, Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, veröffentlicht am 3. Oktober 2012

www.communities.gov.uk/regeneration/regenerationfunding/europeanregionaldevelopment/westmidlands/applyingfunding/callsforproposals/

Beispiele für Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des ESF

Das Land Baden-Württemberg setzt systematisch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds ein, um die Gründung und Übertragung von Unternehmen zu erleichtern. Wesentliche Bausteine für den Erfolg eines Unternehmens sind die Vorbereitung der Gründung und die individuelle Unterstützung in der Wachstumsphase. Personen, die ein Unternehmen gründen oder übernehmen möchten, müssen daher für die Probleme sensibilisiert sowie geschult und beraten werden. Von 2007 bis 2012 wurden mehrere Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen zu folgenden Themen veröffentlicht:

- Ausbau des Unternehmergeistes an den Schulen und Hochschulen des Landes
- Unterstützung wissensbasierter Neugründungen durch Beratung und fachliche Unterstützung durch Hochschulinkubatoren
- Erleichterung der Unternehmensübertragung mit Hilfe von Mediatoren
- Schulungen für Unternehmensgründer und Unternehmensnachfolger
- Zielgruppenorientierte Unterstützung, beispielsweise für Unternehmerinnen oder für Unternehmer mit Migrationshintergrund
- Unterstützung von Kleinunternehmen, die eine Mikrofinanzierung benötigen, durch besondere Beratung zur Anlauffinanzierung
- Beratung von Existenzgründern mit Hilfe von Beratungsgutscheinen

Die verschiedenen Aufforderungen und Antragsunterlagen finden sich unter:

www.esf-bw.de/esf/index.php?id=66

26. GSR-Fonds, KOM(2011) 615 endg., Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit besonderen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und das Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“, KOM(2011) 614 endg., Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Sozialfonds, KOM(2011) 607 endg.

Machen Sie Ihre Verwaltungsbehörde ausfindig!

Die Verwaltungsbehörde ist *die* Anlaufstelle für aktuelle Informationen darüber, wie in Ihrer Region Fördermittel beantragt werden müssen. Die Antragsverfahren sind von Land zu Land und selbst von Region zu Region im selben Land verschieden. Wenden Sie sich an Ihre Verwaltungsbehörde, um sich über die Prioritäten der operationellen Programme zu informieren und herauszufinden, welche Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen es aktuell gibt und wie die Antragsverfahren aussehen.

Die Adressdaten Ihrer Verwaltungsbehörde finden Sie auf der ESF-Seite „Unterstützung vor Ort“²⁷ auf der Website der GD Beschäftigung oder auf der Seite „In Ihrem Land“²⁸ auf der Website der GD REGIO.

Wenn Ihr Projekt in den Förderbereich des EFF/EMFF fällt, erhalten Sie nähere Informationen von Ihrer nationalen Fischereibehörde.²⁹ Falls Sie wissen möchten, wie Initiativen zur Förderung von Unternehmern und KMU durch ELER-Mittel unterstützt werden können, ist Ihr Ansprechpartner das Landwirtschaftsministerium.³⁰

2.2 Einflussnahme auf die Planung der Strukturfonds

2.2.1 Das Partnerschaftsprinzip

Hinter dem Partnerschaftsprinzip³¹ steht die Idee, die Kommunal- und Regionalregierungen sowie maßgebliche Akteure wie die Kammern in die Festlegung und Durchführung der Maßnahmen einzubinden. Diese Mehrebenen-Governance gewährleistet eine größere Eigenverantwortung und macht sich die Erfahrungen und Kenntnisse aller Beteiligten zunutze.

Am besten wird das Prinzip durch die Festlegung der Maßnahmen in den Partnerschaftsvereinbarungen illustriert, die zeigen, wie wichtig es ist, eigene Beobachtungen und Ideen in den Dialog mit einzubringen.

Die an der Erstellung der Partnerschaftsvereinbarungen und Fortschrittsberichte beteiligten Partner wirken auch an der Vorbereitung, Durchführung, Überwachung und Evaluierung der Programme mit.

Die geteilte Verwaltung bei den Strukturfondsmitteln ist ebenso wie der gemeinsame Überwachungs- und Evaluierungsprozess ein Beispiel für die praktische Umsetzung des Partnerschaftsprinzips. Die Verwaltungsbehörden müssen die Zusammensetzung des Monitoringausschusses genehmigen. Überdies sind sie neben der zwischengeschalteten Stelle und den Partnern auch selbst Mitglied in dem Ausschuss, der vom Mitgliedstaat oder der Verwaltungsbehörde geleitet wird.

Der Monitoringausschuss ist ein weiteres konkretes Beispiel für das Partnerschaftsprinzip. Er hat die Aufgabe, die Programme zu begleiten, um ihre Durchführung und die Fortschritte bei der Umsetzung der Programmziele zu überwachen. Die weiter oben erwähnten Partner sind auch im Monitoringausschuss vertreten.

In einem Europäischen Verhaltenskodex sollen die Ziele und Kriterien festgelegt werden, die die praktische Umsetzung der Partnerschaft fördern und den Austausch von Informationen, Erfahrungen, Ergebnissen und bewährten Verfahren unter den Mitgliedstaaten erleichtern.

2.2.2 Mitwirkung an der Prioritätensetzung

Die für den Zeitraum 2014-2020 vorgesehene thematische Fokussierung beinhaltet für sämtliche Regionen die Verpflichtung, die Strukturfonds zur Finanzierung von Projekten zur Förderung von KMU und Unternehmern zu nutzen. Die stärker entwickelten Regionen und die Übergangsregionen müssen ebenso wie die weniger entwickelten Regionen den Bereichen Forschung und Innovation, Wettbewerbsfähigkeit von KMU und Umstellung auf eine CO₂-arme Wirtschaft einen Mindestsatz an EFRE-Mitteln zuweisen, der zwischen 50 % (weniger entwickelte Regionen) und 80 % (stärker entwickelte und Übergangsregionen) liegt. Dies ist eine echte Chance für kleine und mittlere Unternehmen. Um jedoch sicherzustellen, dass der allgemeine Rahmen eine individuelle Politikgestaltung zulässt,

27. www.ec.europa.eu/esf/main.jsp?catId=45&langId=de

28. www.ec.europa.eu/regional_policy/manage/authority/authority_de.cfm

29. Liste der nationalen Fischereibehörden: www.ec.europa.eu/fisheries/cfp/efff/apply_for_funding/national_authorities.pdf

30. Links zu den Websites der Landwirtschaftsministerien in den Mitgliedstaaten sowie den Kandidatenländern und potenziellen Kandidatenländern: http://ec.europa.eu/agriculture/links-to-ministries/index_de.htm

31. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds, KOM(2011) 615 endg./2, Teil zwei, Titel 1, Artikel 5: „Partnerschaft und Mehrebenen-Governance“.

ist die anfängliche Mitwirkung an der Festlegung der operationellen Programme unabdingbar.

Die operationellen Programme gründen sich auf die **Partnerschaftsvereinbarungen** zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission, in denen auch die thematischen Schwerpunkte und alle wichtigen Projekte Erwähnung finden müssen. Es ist daher von größter Bedeutung, **selbst aktiv zu werden und unverzüglich an der Erstellung der Partnerschaftsvereinbarungen mitzuwirken**. Obwohl die Europäische Kommission empfiehlt, eine Partnerschaft zu organisieren, die aus mehreren Akteuren besteht, wird das tatsächliche Ausmaß der Einbindung regionaler Akteure stark davon abhängen, welchen Weg die einzelnen Mitgliedstaaten hierzu einschlagen.

Für den Abschluss der Partnerschaftsvereinbarungen muss **eine Strategie existieren**, gleich ob zur Forschung, Entwicklung und Innovation oder zur Förderung des Unternehmergeistes.³² Um sicherzustellen, dass ein angemessener Teil der Fördermittel kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommt, ist es wichtig, sich schon bei Festlegung der Strategien einzubringen.

Vor der Erstellung der Partnerschaftsvereinbarung führen die Mitgliedstaaten und Regionen eine **Gebietsdiagnose** durch, um die Wirksamkeit der Maßnahmen, den regionalen Bedarf sowie die Stärken und Schwächen zu bewerten. Diese Diagnose bildet die Grundlage für die Ausarbeitung der Vereinbarung.

Verschaffen Sie sich Gehör!

- Berichten Sie über Ihre **Erfahrungen** mit Maßnahmen zur Förderung von KMU und Unternehmergeist! **Daten und Beobachtungen aus der Praxis** sind in der jetzigen Phase höchst willkommen, da sie eine engere Anlehnung der operationellen Programme an den tatsächlichen Bedarf gewährleisten.
- Beteiligen Sie sich an der Erstellung der Partnerschaftsvereinbarung, um sicherzustellen, dass Maßnahmen zur Förderung von KMU und Unternehmergeist höchste Priorität erhalten und angemessen finanziert werden.

- In die operationellen Programme werden konkrete Faktoren aufgenommen (Indikatoren, quantifizierte Ziele usw.). Leisten Sie Ihren Beitrag dazu!

Die operationellen Programme „sollten Prioritätsachsen im Einklang mit den thematischen Zielen vorgeben, eine kohärente Interventionslogik zur Deckung des ermittelten Entwicklungsbedarfs beinhalten und einen Rahmen für die Leistungsbewertung vorgeben. Außerdem sollten sie andere für den wirksamen, effizienten Einsatz dieser Fonds erforderliche Elemente umfassen.“ Anders ausgedrückt: Die Ziele, Indikatoren und erwarteten Ergebnisse müssen ebenso wie die wirtschaftlichen, sozialen und lokalen Auswirkungen bereits im operationellen Programm definiert werden, um sicherzustellen, dass auf KMU und Unternehmergeist ausgerichtete Projekte in den vorgegebenen Rahmen passen und aus den Strukturfonds finanziert werden können.

Sie sind an Informationen über die Partnerschaftsvereinbarung interessiert?

Bei Ihrer Verwaltungsbehörde können Sie Einzelheiten über die Erstellung der Partnerschaftsvereinbarung und die operationellen Programme in Ihrem Land oder Ihrer Region erfragen und herausfinden, welche Möglichkeiten der Mitwirkung bestehen. Dadurch können Sie den Einsatz wirksamer Maßnahmen zur Förderung von KMU und Unternehmergeist aus Strukturfondsmitteln beeinflussen.

2.2.3 Zeitlicher Ablauf

Die Konsultationen im Vorfeld der **Erstellung der Partnerschaftsvereinbarungen** (die über den Anteil der zugewiesenen Fördermittel je Priorität entscheiden) wurden in der 1. Jahreshälfte 2013 geführt. Es ist jedoch weiterhin möglich, Beiträge zu deren Implementierung zu liefern (etwa in Form von Statistiken). Wenden Sie sich dazu an Ihren regionalen Unternehmerverband oder Ihre zuständige Verwaltungsbehörde.

Die Partnerschaftsvereinbarungen wurden im **April / Mai 2013** ausgearbeitet. Allerdings können sie auch danach noch auf regionaler Ebene nachverhandelt werden.

32. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds, KOM(2011) 615 endg./2, Anhang IV, Ex-ante-Konditionalitäten 1 und 8.

Die **operationellen Programme** wurden im **Juni / Juli 2013** vorbereitet. Bei operationellen Programmen zu spezifischeren Projekten hängt dies davon ab, welche Indikatoren gewählt werden, die letztlich darüber entscheiden, welche Projekte in Frage kommen. Auch hierzu sollten Sie unbedingt mit den regionalen Unternehmerverbänden oder Ihrer zuständigen Verwaltungsbehörde Kontakt aufnehmen.

2.3 Praktische Hinweise zur optimalen Nutzung der Strukturfonds zur Förderung von KMU und Unternehmergeist

2.3.1 Der Projektantrag

2.3.1.1 Wer kommt als Antragsteller in Frage?

Je nach operationellem Programm kann eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen an spezifische Projektentwickler (z. B. Universitäten) gerichtet sein oder die Existenz einer Partnerschaft aus mehreren Organisationen (verschiedenen Kammern, Unternehmerverbänden, öffentlichen Einrichtungen usw.) vorgeben.

In Frage kommende Projektentwickler:

- Öffentliche Behörden, Lokal-, Regional- oder Zentralregierungen, regionale oder lokale Entwicklungs- und/oder Innovationsagenturen, zwischengeschaltete Stellen (die einer Verwaltungs- oder Bescheinigungsbehörde unterstellt oder in deren Auftrag tätig sind) oder andere Einrichtungen des öffentlichen Rechts
- Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaftsverbände, Kammern
- Forschungseinrichtungen oder Hochschulen, einschließlich privater Forschungsinstitute
- Firmen: gewinnorientierte oder gemeinnützige Mikro-, mittelständische oder große Unternehmen, öffentlich-private Partnerschaften, Dienstleister, Projektkoordinatoren usw., Einzelunternehmer

Es gibt praktisch keine Beschränkungen, was die Antragsteller angeht, sofern die erforderliche

finanzielle und fachliche Leistungsfähigkeit nachgewiesen werden kann. Dazu zählen ausreichende Erfahrung im Bereich der Projektverwaltung, Fachkenntnisse (insbesondere auf dem Gebiet des jeweiligen Themas) sowie Managementfähigkeiten, was Personal, Ausrüstung und die Mittelverwaltung angeht. All dies ist im Antrag entsprechend zu belegen. Darüber hinaus kommen Regeln zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen zum Einsatz.

2.3.1.2 Welche Maßnahmen werden finanziert?

Die jeweiligen Bedingungen und Themen hängen davon ab, welche Strategie und Prioritäten in Bezug auf das betreffende nationale oder regionale operationelle Programm vereinbart wurden. Die Programme und Prioritäten sind im Überblick auf der Inforegio-Seite der GD REGIO³³ (für den EFRE) und in der Prioritätendatenbank auf der Website der GD Beschäftigung³⁴ (für den ESF) dargestellt. Angaben zu den nationalen und regionalen ELER-Programmen finden sich auf der Website des Europäischen Netzwerks für ländliche Entwicklung³⁵, Informationen zum Europäischen Fischereifonds (EFF) auf der Website zum Thema Fischerei³⁶.

Die Strukturfonds bieten zahlreiche Möglichkeiten, KMU und Unternehmergeist finanziell zu unterstützen, etwa durch folgende Maßnahmen:

- Erziehung zu unternehmerischem Denken in Schulen / Förderung des Unternehmergeistes
- Unternehmensschulung / Lehrgänge für Unternehmensgründer
- Beratung / Coaching von Unternehmern und Existenzgründern (z. B. Start-up-Coaching)
- Erleichterung des Generationenwechsels in Betrieben (z. B. Unterstützung des alten und neuen Inhabers bei der Planung und Durchführung der Übertragung)
- Unterstützung von Unternehmen in den Bereichen Konsolidierung, Wachstum, Innovation, Internationalisierung usw.

2.3.1.3 Wie stellt man einen Antrag?

Die Antragsverfahren sind von Land zu Land und in manchen Ländern sogar von Region zu Region verschieden. Dies hängt damit zusammen, dass in den einzelnen operationellen Programmen unterschied-

33. www.ec.europa.eu/regional_policy/index_de.cfm

34. www.ec.europa.eu/social/esf_projects_117/search.cfm

35. www.enrd.ec.europa.eu/policy-in-action/rural-development-policy-overview/national-and-regional-programmes/de/national-and-regional-programmes_de.cfm

36. www.ec.europa.eu/fisheries/cfp/eff/op/index_de.htm

37. www.portal.enterprise-europe-network.ec.europa.eu/

liche Prioritäten und Fördermaßnahmen definiert sind und jede Region die Förderung eigenständig organisiert. In einigen Regionen können Projektträger erst nach Veröffentlichung einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen Anträge einreichen, in anderen werden Projektanträge direkt an die Verwaltungsbehörde gesandt. Außerdem existieren Zwischenlösungen bei der Verwaltung der Strukturfondsmittel, bei denen Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen mit Programmen kombiniert sind.

Antragsskizzen können entweder mit Hilfe eines Standardvordrucks (auf Papier oder online) eingereicht werden oder durch Einsendung einer Projektbeschreibung an die Verwaltungsbehörde. Auf jeden Fall empfehlen die Verwaltungsbehörden, Anträge – auch in Entwurfsform – möglichst rasch einzureichen, damit Antragstellern bei der Erstellung des ausformulierten Antrags geholfen werden kann.

Die Verwaltungsbehörden bieten bisweilen spezifische Dienstleistungen zur **Bewertung von Projektanträgen und zur Gewährung von Hilfe und Beratung** an. Das Elsass beschäftigt beispielsweise Mediatoren, deren Aufgabe es ist, Antragsteller zu informieren und zu beraten und sie bei der Antragsformulierung zu unterstützen.

Fragen Sie außerdem bei Ihrem örtlichen „Enterprise Europe Network“ nach!³⁷

2.3.2 Die Fördermittel

2.3.2.1 In welcher Höhe bewegen sich die Mittel?

Die Förderung kann direkt oder indirekt erfolgen. Bei einer direkten Förderung gehen die Zuschüsse an die KMU, bei einer indirekten Förderung werden die Mittel oder Leistungen einem Projekt zugewiesen, durch das KMU gefördert werden.

Die Fördermittel werden EU-weit anhand mehrerer sozioökonomischer Faktoren vergeben. Die Höhe der Mittel, die ein Projekt auf regionaler oder nationaler Ebene (von der Verwaltungsbehörde) zugeteilt erhält, hängt von folgenden Faktoren ab:

- **Gesamtzuteilung** aus dem Fonds für die Region oder das Land
- **Kofinanzierungssatz**

Nach dem Grundsatz der Kofinanzierung wird ein Zuschuss nicht komplett aus EU- Fördermitteln finanziert; die Gesamtkosten für eine Maßnahme werden nur zu 50 % bis 85 % gedeckt. Der Kofinanzierungssatz richtet sich nach der Einstufung der jeweiligen Region (stärker entwickelte Region, Übergangsregion, weniger entwickelte Region – siehe Abschnitt 1.2).

Öffentliche Aufwendungen für die Unternehmensförderung unterliegen den Obergrenzen, die für staatliche Beihilfen gelten.³⁸

- **Umfang der Mittel, die jeder Prioritätsachse eines operationellen Programms zugeteilt wurden**

Ein Projekt kann je nach Prioritätsachse mehr oder weniger stark durch die Strukturfonds unterstützt werden.

Es ist wichtig, schon im Anfangsstadium der Projektdefinition bei der Verwaltungsbehörde zu erfragen, wie sich das Projekt am besten in das operationelle Programm einbinden lässt, sofern es nicht bereits in dem Programm erwähnt wird. Ansonsten müssen alternative Finanzquellen erschlossen werden.

- Umfang der in der Region verfügbaren, noch unverplanten Mittel
- Gesamthöhe der förderfähigen Kosten des Projekts

Es ist zu beachten, dass Fördermittel NICHT im Voraus ausbezahlt werden! Sie müssen daher sicherstellen, dass Sie über ausreichende Ressourcen zur Vorfinanzierung des Projekts verfügen.

3

Planung und Ausarbeitung des Antrags

Obwohl die formalen Anforderungen und Verfahren recht umfangreich und komplex sind, sind für die Einrichtung und Verwaltung eines EU-finanzierten Projekts keine besonderen Fähigkeiten nötig. Es folgt eine kurze Liste der Grundregeln, die bei der Verwaltung von Projekten zu beachten sind, die durch Strukturfondsmittel gefördert werden.

3.1 Zeitplan

- **Planen Sie voraus!** Die Erstellung eines gut recherchierten und ausgearbeiteten Projektvorschlags nimmt häufig zwei bis sechs Monate in Anspruch. Ein frühzeitiger Beginn erhöht die Erfolgchancen.
- Fragen Sie Ihre Verwaltungsbehörde **schon zu Beginn** der Erstellung des Projektvorschlags um Rat, um sicherzustellen, dass Ihr Projekt möglichst gut auf die Prioritäten eines vordefinierten operationellen Programms abgestimmt ist.
- **Planen Sie** die Projektmaßnahmen im Detail.
- Verwenden Sie geeignete Instrumente, um immer eine aktuelle **Übersicht über die Fortschritte des Projekts** zur Hand zu haben. Um immer auf dem neuesten Stand zu sein, ist eine gut organisierte Kommunikation notwendig.
- **Halten Sie die Fristen ein** – sie sind nicht verhandelbar!

3.2 Informationen

Die Menge öffentlich zugänglicher Informationen ist enorm. Um Ihre Projektplanung erfolgreich zu gestalten, sollten Sie sich vor Projektbeginn **gründlich informieren** (über das relevante operationelle Programm, das Antragsverfahren in Ihrer Region und die Pflichten der Projektträger).

- Ein guter Ausgangspunkt zur Eruiierung der Finanzierungsmöglichkeiten sind die zentralen Internetportale der Europäischen Kommission³⁹ (die in verschiedenen EU-Sprachen zur Verfügung stehen, obwohl einige Dokumente nur in bestimmten Sprachen angeboten werden). Dort finden Sie Angaben über die operationellen Programme, die Einstufung der Regionen und die Rechtsvorschriften, die für die Art der von Ihnen geplanten Maßnahme zur Förderung von KMU oder Unternehmergeist in Ihrer Region gelten.
- Neben der Verwendung der in Anhang 2 aufgeführten Links sollten Sie vor Ort erfragen, welche Leitfäden es in Ihrer Region oder Ihrem Land oder auch in benachbarten Regionen und Ländern gibt.

39. Siehe Anhang 2.

- Die Kammern haben als Projektträger oder als Partner in Konsortien mit den Jahren EU-weit profunde Kenntnisse in Bezug auf die Verwaltung von Projekten gesammelt, die mit Strukturfondsmitteln unterstützt werden.
- Andere Projektträger können Ihnen womöglich ebenfalls einschlägige Informationen geben. Suchen Sie in den jeweiligen Projektdatenbanken nach entsprechenden Kontaktdetails.⁴⁰
- Stellen Sie sicher, dass das Wissen über die Strukturfonds in Ihrem Unternehmen oder Ihrer Organisation verbleibt oder an jemanden dort weitergegeben wird.

Sie erhöhen Ihre Chancen auf eine erfolgreiche Projektplanung, **wenn Sie sich vorhandene Erfahrungen zunutze machen!** Das Durchforsten von Projektdatenbanken kann Ihnen helfen, von den Erfahrungen anderer zu profitieren.

3.3 Praktische Ratschläge

Mit Blick auf die Praxis ist anzumerken, dass die Verfahren zur Beantragung regionaler EU-Fördermittel zugunsten von KMU in den einzelnen Regionen stark voneinander abweichen.

Da hier nicht genügend Platz zur Verfügung steht und die Anforderungen und Verfahren zur Beantragung von EU-finanzierten Projekten sehr vielfältig sind, ist es nicht möglich, das Antragsverfahren in diesem Ratgeber schrittweise zu erläutern. Auf den Internetseiten der Europäischen Kommission finden sich jedoch Beispiele tatsächlicher Förderanträge in der Sprache der jeweiligen Region nebst englischer Übersetzung, die Sie als Muster und Anregung für eigene Projektideen und die Erstellung Ihres Antrags nutzen können. Sie finden sie unter folgender Adresse:

<http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/regional-sme-policies/applicationexamples>

Angesichts der unterschiedlichen Antragsverfahren würden wir empfehlen, dass Sie bei der Verwaltungsbehörde in Ihrer Region (siehe Anhang 2) in Erfahrung bringen, wie ein Antrag auf Fördermittel zu stellen ist und was Sie in Ihrer Region bei einem Projektantrag beachten müssen.

40. Siehe Anhang 2.

4

Beispiele bewährter Verfahren

4.1 Unternehmensschulung: Wie gründet man ein Unternehmen?

4.1.1 RÉALIS, Aktives Netz für soziale Innovation, mit EFRE-Mitteln gefördert

Ort	Land	Frankreich
	NUTS 2	Languedoc-Roussillon
	Standort	Montpellier
Zeitraumen	Projektbeginn	2009
	Projektende	2013
Kontext und Hintergrund	<p>In der Region war kein strukturiertes Angebot vorhanden, um Sozialunternehmen unterzubringen und sie in ihren Expansionsbestrebungen zu unterstützen. Angesichts des Wachstums in diesem Sektor und seines Arbeitsplatzpotenzials übernahm die Region Languedoc-Roussillon die Verwaltung des Bauvorhabens, wobei Partner und Wirtschaftsakteure am Bauprozess beteiligt wurden. Das RÉALIS-Zentrum für soziales Unternehmertum wird Start-up-Unternehmen im Bereich der Sozialwirtschaft ab seiner Eröffnung im Juli 2013 vollumfänglich unterstützen, damit keine Energie mehr auf Gänge von einem Dienstleister zum anderen verschwendet werden muss.</p> <p>Die Konzeption als Businesscenter, Co-working-Space und Ressourcenzentrum wird das Networking vereinfachen und Projekte ankurbeln helfen. Die schiere Größe des Projekts wird sich auch auf die Dimensionierung der untergebrachten Unternehmen auswirken.</p>	

Hauptziel(e)	Verbesserung der Tragfähigkeit von Unternehmen und Beschleunigung ihrer Entwicklung durch die Einrichtung besonderer Hilfen	
Ausführliche Beschreibung	Unterbringung, Beratung und Unterstützung von 30 bis 50 neuen Sozialunternehmen, begleitet von einem außerordentlichen Potenzial zur Beschleunigung ihrer Entwicklung und Einbettung in die Region Bereitstellung eines Ressourcenzentrums und Sicherstellung, dass alle von den Start-up-Unternehmen benötigten Ressourcen vorhanden sind (fachliche Unterstützung, Finanzierung, lebenslanges Lernen) Businesscenter mit Co-working-Angeboten, um Ressourcenbündelung, Austausch, Gruppierungen, Kooperationen und das Entstehen neuer Ideen zu fördern	
Durchführungsstruktur	Projektträger ist die Region Languedoc-Roussillon. Alle regionalen Wirtschaftsakteure sind in den Prozess einbezogen: die regionale Kammer für Sozialwirtschaft, der Regionalverband kooperativer und partizipativer Unternehmen, die Handelskammer, die Handwerkskammer usw.	
Zielgruppe / Nutznießer	Neue Sozialunternehmen	
Ist die Maßnahme in eine übergeordnete Strategie eingebettet?	Das Projekt ist vollständig in die regionale Strategie zur Entwicklung der Sozialwirtschaft integriert.	
Durchführungsverfahren	Partizipatives Vorgehen, um künftige Nutzer am Aufbau der Infrastruktur und der Entwicklung von Dienstleistungen zu beteiligen, die auf sie ausgerichtet sind	
Personalressourcen	3 Mitarbeiter der Regionalabteilung für Sozialwirtschaft: Leitung, Projektverwaltung, Assistenz 2 Mitarbeiter der Regionalabteilung für Wirtschaftszentren: Leitung, Technik Projektunterstützung durch sechs regionale Stellen: Direktion für Rechtsfragen, Abteilung für Bauerbe und Logistik, Direktion für öffentliche Ordnung, Abteilung für Verwaltungskontrolle, Finanzabteilung und Abteilung für Managementinformationssysteme	
Haupterfolg(e)	Ein 3560 m ² großes Gebäude, das den BBC-Effizienz-Umweltnormen von 2005 (Niedrigenergiegebäude) entspricht	
Hauptergebnisse	Erwartete Ergebnisse: Schaffung von 150 Arbeitsplätzen im Jahr n+3 Anreiz zur Gründung von Sozialunternehmen mit hohem Wachstumspotenzial Stärkung der regionalen Fähigkeit zu sozialer Innovation	
Gesamtkosten	10,5 Mio. EUR:	
	Voruntersuchungen	1,77 Mio. EUR
	Bauarbeiten	7,06 Mio. EUR
	Rückstellungen für künftige wirtschaftliche Risiken, Preiskorrekturen und Haftpflichtversicherung	1,07 Mio. EUR
	Immobilie	0,6 Mio. EUR
Finanzierung	EFRE: 2,5 Mio. EUR Regionalhaushalt: 8 Mio. EUR	

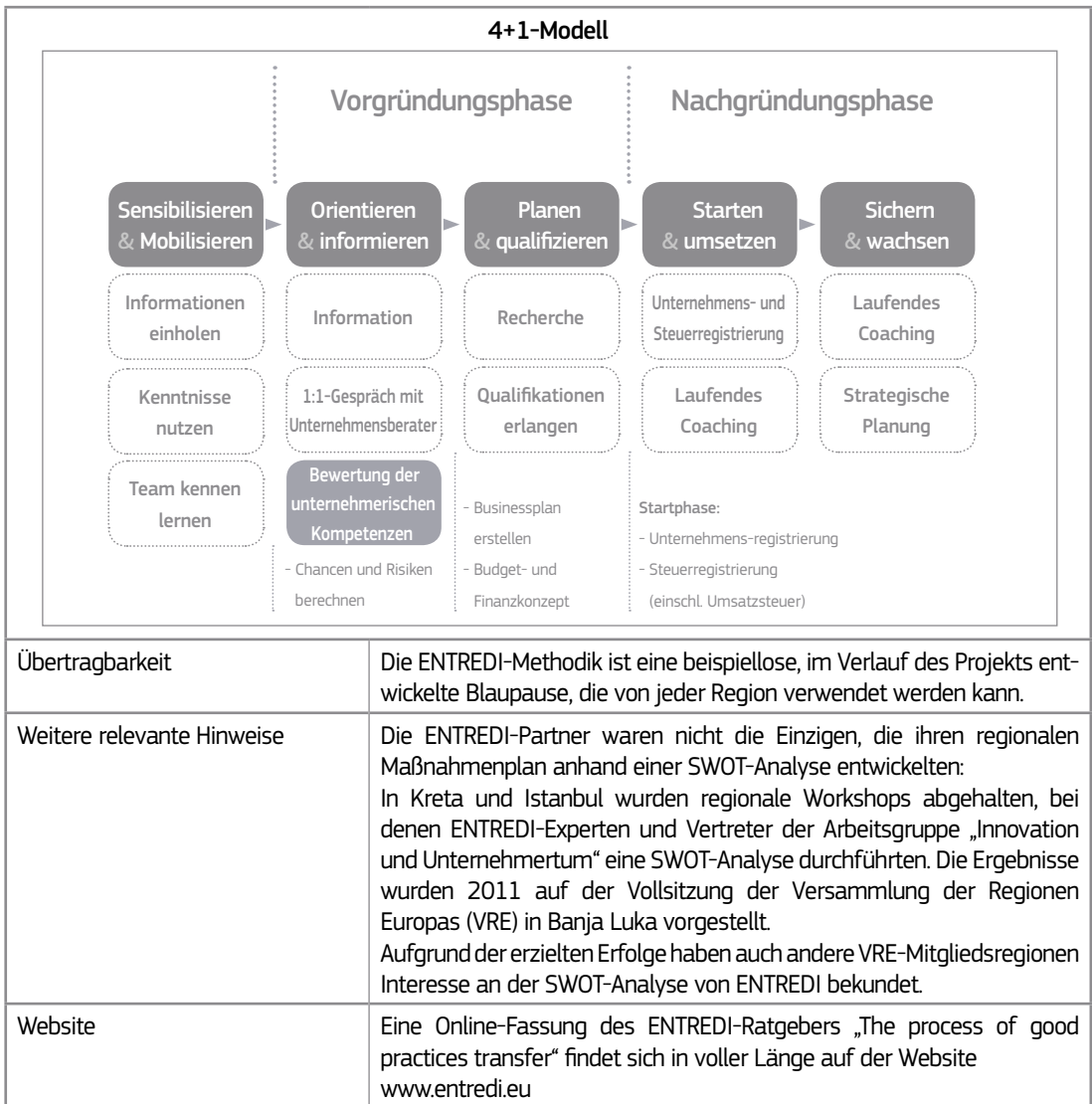
Aufgetretene Probleme	Konflikt zwischen dem partizipativen Ansatz und den Verwaltungsverfahren
Triebkräfte und Erfolgsfaktoren im Bereich der Umsetzung	Die Partner aus der Sozialwirtschaft lieferten zahlreiche Ideen. Das Netz der mit der Entwicklung sozialer Innovationen befassten Akteure ist klar strukturiert.
Gewonnene Erkenntnisse und/oder Verbesserungsvorschläge	Die diagnostische Vorbereitungsphase ist äußerst wichtig. Der tatsächliche Bedarf muss bekannt sein.
Übertragbarkeit	Erforderliche Faktoren: Mobilisierung der Akteure, politischer Wille
Kontaktangaben und Links	Myriam LUDWIG, Abteilungsleiterin ludwig.myriam@cr-languedocroussillon.fr Benoît HOLLEY, Projektmanager holley.benoit@cr-languedocroussillon.fr 201 avenue de la Pompignane, F-34000 Montpellier +33 (0)4 67 22 80 89
Website	Website der Region Languedoc-Roussillon: www.laregion.fr Video zu dem Projekt: www.info-entrepriseslr.fr/themes/creer_reprendre/economie_sociale_et_solidaire/video_pole_realis#FD

4.1.2 ENTREDI – Entrepreneurial Diversity, im Rahmen von INTERREG C gefördert

Ort	Partner	Kompass (Hessen, DE) Basingstoke and Deane Borough Council (Südostengland, UK) LTC AB (Jönköping län, SE) Universität West-Makedonien (GR) Tartu Science Park (EE) Universität Lodz (Łódzkie, PL) Aster (Emilia-Romagna, IT)
Zeitraumen	Projektbeginn	1. Januar 2010
	Projektende	31. Dezember 2011
Kontext und Hintergrund	ENTREDI – Entrepreneurial Diversity – ist ein Projekt im Rahmen der Programmlinie INTERREG IVC „Kapitalisierung“ . Resultat des Projekts sind sieben regionale Maßnahmenpläne zur Entwicklung und Verbesserung der Gründungsförderung, die im Idealfall in die jeweiligen regionalen operationellen Programme aufgenommen werden.	

Hauptziel(e)	<p>Themen der Regionalentwicklung: Ermittlung und Planung der künftig benötigten Infrastruktur Förderung von Unternehmenswachstum und Innovation Ermutigung der Bürgerinnen und Bürger, ihre Kompetenzen zu verbessern und ihr Potenzial auszuschöpfen Schaffung von Anreizen für Investitionen von außen Aufbau strategischer Partnerschaften zur Förderung des wirtschaftlichen Wohlstands Führerschaft und Unterstützung bei der Reaktion auf den Klimawandel Förderung einer vielfältigen Wirtschaft Steigerung der Attraktivität der Region als Wohn- und Arbeitsmittelpunkt sowie als Reiseziel durch die Förderung von Kultur und Tourismus Förderung unternehmerischer Initiative</p>
Ausführliche Beschreibung	<p>Unterstützung eines ganzheitlichen Konzepts im Bereich der Gründungsförderung Förderung unternehmerischen Denkens in der Region Schaffung neuer Arbeitsplätze und Senkung der Arbeitslosigkeit Schaffung gleicher Bedingungen für Unternehmen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Region – Erhöhung der Zahl der Selbständigen und jungen Unternehmen Effizienterer Einsatz öffentlicher Gelder im Bereich der Start-up-Förderung Positionierung von ENTREDI als Marke für fortschrittliches regionales Unternehmertum</p>
Durchführungsstruktur	<ul style="list-style-type: none"> - Federführung: Kompass – Zentrum für Existenzgründungen - 7 Partner aus 7 EU-Ländern - Regionalregierungen: Aufnahme der Empfehlungen in die regionalen Strategien
Zielgruppe / Nutznießer	Regionalregierungen, Bürger, Unternehmer
Ist die Maßnahme in eine übergeordnete Strategie eingebettet?	<p>Im Juni 2010 wurden die Lissabon-Agenda und die Göteborg-Agenda zur Strategie „Europa 2020“ verschmolzen, das neue Konzept der Europäischen Union zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Förderung eines ökologischen Wirtschaftswachstums und einer integrativen Gesellschaft.</p> <p>Der interregionale Kontext von ENTREDI erlaubt einen Leistungsvergleich zwischen erfolgreichen, wenn auch unterschiedlichen Erfahrungen sowie verschiedenen Bedingungen und Ideen, wodurch sich die zentralen Elemente ermitteln lassen, die die Grundlage einer wirksamen Strategie zur Gründungsförderung in den Partnerregionen des Projekts und über ihre Grenzen hinaus bilden.</p>

Durchführungsverfahren	<p>Definition des Bedarfs der Region an Maßnahmen zur Gründungsförderung – Ermittlung der in diesem Bereich tätigen regionalen Akteure</p> <ul style="list-style-type: none"> - Analyse der Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken (SWOT-Analyse) im Bereich der regionalen Gründungsförderung <p>Aufnahme bewährter Verfahren auf der Grundlage dieser Analyse</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aufnahme bewährter Verfahren aus den Partnerregionen, abhängig von den Besonderheiten der jeweiligen Region <p>Breite Einbeziehung regionaler Akteure</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verpflichtung der Akteure zur Einbindung bewährter Verfahren - Team zur Erarbeitung eines regionalen Maßnahmenplans – aktive Mitwirkung regionaler Akteure <p>Sicherung der Finanzierung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einbettung des regionalen Maßnahmenplans in den übergreifenden Regionalkontext - Regionales operationelles Programm, andere Mainstream-Programme
Haupterfolg(e)	<p>Praktische Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse: Das Projekt ENTREDI mündete in sieben regionalen Maßnahmenplänen zur Entwicklung und Verbesserung der Gründungsförderung anhand des ENTREDI-Konzepts. Die Maßnahmenpläne wurden auf der ENTREDI-Abschlusskonferenz im November 2011 in Frankfurt von den Verwaltungsbehörden bzw. den regionalen Vertretern der jeweiligen regionalen operationellen Programme bei einem Festakt unterzeichnet.</p>
Gesamtkosten	1 386 650,00 EUR
Finanzierung	EFRE-Mittel: 1 081 195,50 EUR
Aufgetretene Probleme	Um sicherzustellen, dass die Ergebnisse der SWOT-Analyse zur Fortführung einer umfassenden und aktiven Regionalpolitik im Bereich der Gründungsförderung verwendet werden, müssen die politischen Akteure frühzeitig eingebunden werden.
Triebkräfte und Erfolgsfaktoren im Bereich der Umsetzung	<p>Der ganzheitliche Ansatz geht auf die vielfältigen Bedürfnisse von Unternehmern ein und zeigt anhand des erprobten „4+1-Modells“ (siehe Schaubild) die Potenziale einzelner Unternehmer auf, ebenso wie das RheinMainNetwork, das von Kompass – Zentrum für Existenzgründungen betreut wird.</p> <p>Das Rhein-Main-Gebiet als Praxisbeispiel im Bereich der Gründungsförderung und seine Erfolgsfaktoren</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aufeinander abgestimmte Dienstleistungsangebote - Profiling / Geschäftsevaluierung - Matching-Verfahren - Offenheit für Kooperationen - Öffentliches Engagement - Hohe Transparenz der Angebote im Bereich der Gründungsförderung und Vermarktung der Dienstleistung



4.2 Beratung und Coaching für Unternehmer und Unternehmensgründer

4.2.1 Mechatronik für KMU, im Rahmen von INTERREG A gefördert

Ort	Land	Deutschland, Niederlande (grenzüberschreitendes INTERREG-Projekt)
	NUTS 1	Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Noord-Nederland, Oost-Nederland, Zuid-Nederland
	NUTS 2	Weser-Ems, Münster, Düsseldorf, Fryslân, Groningen, Drenthe, Overijssel, Gelderland, Limburg, Noord-Brabant
Zeitraumen	Projektbeginn	1. März 2009
	Projektende	28. Februar 2014

<p>Kontext und Hintergrund</p>	<p>Das Projekt stärkt die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen durch die Förderung eines grenzüberschreitenden Technologietransfers. Dieser verbessert nicht nur die Zusammenarbeit zwischen den Regionen, sondern trägt auch dazu bei, die Lissabon-Strategie der Europäischen Union umzusetzen.</p> <p>Aufgrund der zunehmenden Globalisierung müssen produzierende KMU in allen Industriezweigen große Herausforderungen meistern. Die Globalisierung erhöht den Wettbewerbsdruck auf die Unternehmen, da die Ansprüche an die Funktion ihrer Produkte ständig steigen und die Preise sinken. Da Unternehmen im deutsch-niederländischen Grenzgebiet nicht mit den niedrigen Arbeitskosten ihrer asiatischen Konkurrenten mithalten können, müssen sie die vorhandenen Stärken optimal nutzen oder ausbauen.</p> <p>Um die Wettbewerbsfähigkeit und Marktstellung der Unternehmen zu verbessern, sind bedarfsorientierte Innovationen in der Produktentwicklung und Produktfertigung nötig. Diese lassen sich durch die Einführung des multidisziplinären Bereichs der Mechatronik erzielen, die sich zudem positiv auf die Erhaltung und die Schaffung von Arbeitsplätzen auswirkt.</p> <p>Im Einzugsbereich des INTERREG-Programms finden sich zahlreiche KMU. Allein in der Region Oost (Twente) gibt es 1125 Einrichtungen mit 39 000 Beschäftigten und einem potenziellen Mechatronikbedarf. In Münster und den Landkreisen Bentheim, Kleve und Wesel sind rund 162 000 Menschen in etwa 850 Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe beschäftigt.</p>
<p>Hauptziel(e)</p>	<p>Das Projekt „Mechatronik für KMU“ fördert die grenzüberschreitende Entwicklung und Einführung mechatronischer Prozesse in fast 200 deutschen und niederländischen Unternehmen. Im Zentrum steht der praktische grenzüberschreitende Technologietransfer von Universitäten, Fachhochschulen, Technologiezentren und Ingenieurbetrieben auf kleine und mittlere Unternehmen. Die bilaterale Zusammenarbeit trägt dazu bei, Grenzhindernisse zu überwinden und die negativen Folgen des Ingenieursmangels aufzufangen. Die interdisziplinäre Verbindung von Mechanik, Elektrotechnik und Computerwissenschaft (kurz: die Mechatronik) ermöglicht zahlreiche Produkt- und Verfahrensinnovationen.</p> <p>Die Vorteile zeigen sich unter anderem in einer stärkeren Automatisierung, in anwenderfreundlichen Bedienkonzepten und effizienten Herstellungsverfahren. Das Projekt hilft KMU, technische Entwicklungen und Innovationen auf den Markt zu bringen. Die Unternehmen sind sich der technischen Möglichkeiten und der Chancen bewusst, die die Mechatronik bietet. Darüber hinaus kommen sie mit Experten aus dem Nachbarland in Kontakt und erhalten Finanzhilfen für die Technologieberatung sowie für Machbarkeitsstudien und Entwicklungsprojekte.</p>

<p>Ausführliche Beschreibung</p>	<p>Das Programm umfasst fünf Stufen von der Anfangsidee bis hin zum Bau eines funktionsfähigen Prototypen, wobei zumindest die beiden letzten Stufen gemeinsam von niederländischen und deutschen Partnern grenzüberschreitend durchgeführt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aufschlussgespräch: Ein Vertreter der zuständigen regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft erörtert mit dem Betriebsleiter, ob der Einsatz von Mechatronik seinem Unternehmen nutzen könnte. Falls ja, gehen sie zu den nächsten Stufen über. - Vertiefungsgespräch: In Stufe 2 werden die Geschäftsentwickler durch deutsche und niederländische Universitäten oder Fachhochschulen unterstützt, die dem Projektmanager bei der Problemdefinition und der Entscheidung über den besten Lösungsweg helfen. - Intensivberatung: In Stufe 3 befassen sich externe Spezialisten mit den technischen Aspekten. Sobald alle technischen Fragen geklärt sind, kann die Machbarkeitsstudie in Angriff genommen werden. - Machbarkeitsstudie: In Stufe 4 treten externe Dienstleister aus Deutschland oder den Niederlanden mit dem Unternehmen in Kontakt, um eine Machbarkeitsstudie zu erstellen, bei der die technische Durchführbarkeit und Wirtschaftlichkeit des Projekts geprüft werden. - Entwicklungsprojekt: Das Unternehmen realisiert in Zusammenarbeit mit deutschen und niederländischen Mechatronik-Dienstleistern ein firmeneigenes Entwicklungsprojekt und baut einen Prototypen. <p>Finanzielle Förderung: Die finanzielle Förderung bietet Unternehmen einen starken Anreiz zur Zusammenarbeit mit Hochschulen, Technologiezentren und Ingenieurbetrieben in ihrem Nachbarland. Die erfolgreiche Kooperation ist häufig Ausgangspunkt für lang anhaltende Partnerschaften.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Das Aufschlussgespräch (Stufe 1) und das Vertiefungsgespräch (Stufe 2) sind kostenlos. Dadurch wird die Zugangsschwelle gesenkt. - Bei der Intensivberatung (Stufe 3) werden maximal 60 % der Kosten bezuschusst. Förderfähig sind Honorarkosten von bis zu 5000 EUR. - Bei der Machbarkeitsstudie (Stufe 4) werden 50 % der Kosten bezuschusst, bei forschungsintensiver Tätigkeit auch bis zu 75 %. Förderfähig sind Fremdkosten von maximal 25 000 EUR. - Der Zuschuss für ein Entwicklungsprojekt (Stufe 5) beträgt maximal 50 % der Projektkosten bis zu 120 000 EUR. Davon dürfen nicht mehr als 60 000 EUR eigene Personalkosten, ca. 40 000 EUR Fremdleistungen und ca. 20 000 EUR Sachkosten sein. Insgesamt beläuft sich die Förderung pro Unternehmen auf mehrere Zehntausend Euro, je nach Projekt und entstandenen Kosten.
<p>Durchführungsstruktur</p>	<p>An dem Projekt sind länderübergreifend elf Universitäten, Technische Hochschulen, Technologiezentren und Wirtschaftsförderungsgesellschaften beteiligt. Elf weitere Wirtschaftsförderungsgesellschaften sind als assoziierte Partner angeschlossen. Federführend ist EUREGIO in Gronau / Enschede. Die Projektpartner sind über das gesamte deutsch-niederländische Grenzgebiet verteilt. Die intensive Zusammenarbeit hat nicht nur die grenzüberschreitenden Kontakte zwischen KMU gestärkt, sondern auch das Verhältnis zwischen Projektträgern und assoziierten Partnern.</p>

Zielgruppe / Nutznießer	KMU, Universitäten, Fachhochschulen, Technologiezentren, Wirtschaftsförderungsgesellschaften
Personalressourcen	Diese lassen sich nur schwer schätzen. Die Personalkosten des Projekts werden auf ca. 8,9 Mio. EUR oder rund 50 % der veranschlagten Gesamtkosten beziffert. Dazu kommen noch zahlreiche arbeitsintensive Beratungsleistungen, die aus Verwaltungsgründen jedoch als Fremdkosten und nicht als Personalkosten eingestuft werden. Es ist daher anzunehmen, dass die Personalressourcen weit über die im Projekt gebundenen Ressourcen hinausgehen.
Haupterfolg(e)	Im Rahmen des Projekts wurden knapp 100 deutsche und niederländische KMU beraten, die daraufhin ihr Produkt verbessern oder neue Produkte entwickeln konnten. Zu den neuen Produkten zählen Innovationen zur Einsparung von Energie und anderen wichtigen Ressourcen. Beispiele sind ein neuer Wärmetauscher für die verfahrenstechnische Industrie und für Schwimmbäder sowie eine zentrale Steuerung für Nullenergiehäuser. Die beteiligten Unternehmen haben Kontakte mit Unternehmens- und Technologieberatern in ihrem Nachbarland geknüpft und Partnerschaften aufgebaut, die das Ende des Förderprogramms überdauern werden.
Hauptergebnisse	Bis April 2012 wurden im Rahmen aller abgeschlossenen, noch laufenden und bereits genehmigten KMU-Projekte folgende Leistungen erbracht: 156 Intensivberatungen, 59 Machbarkeitsstudien und 49 Entwicklungsprojekte.
Gesamtkosten	17 960 295,00 EUR

Finanzierung	<i>Gesamtbetrag</i>	17 960 295,00 EUR
	INTERREG (EFRE)	7 114 395,00 EUR
	Mittel aus dem Staatshaushalt	4 258 781,00 EUR
	Ministerium für Wirtschaft, Landwirtschaft und Innovation	1 429 391,00 EUR
	Ministerium für Wirtschaft, Niedersachsen	1 064 695,00 EUR
	Ministerium für Wirtschaft, Nordrhein-Westfalen	1 064 695,00 EUR
	Provinz Overijssel	245 000,00 EUR
	Provinz Gelderland	245 000,00 EUR
	Provinz Limburg	70 000,00 EUR
	Provinz Drenthe	46 666,66 EUR
	Provinz Fryslân	46 666,67 EUR
	Provinz Groningen	46 666,67 EUR
	Mittel aus den Regionalhaushalten	585 093,00 EUR
	Private Mittel	6 002 026,00 EUR
Aufgetretene Probleme	<ul style="list-style-type: none"> - Die Teilnahme von KMU hängt stark vom Konjunkturzyklus ab: Bei einer extrem guten oder extrem schlechten Lage finden sich keine Teilnehmer. - Die Vorfinanzierung der Projekte ist für Kleinunternehmen äußerst schwierig. - Die Unternehmen müssen sich die Vorgaben für die Angebotseinreichung und Vertragsvergabe erst aneignen. - KMU finden es oft schwer, den Zeitrahmen eines Projekts einzuhalten, da der normale Geschäftsbetrieb weiterläuft und lukrative Aufträge zu Verzögerungen führen können. - Kleinere Unternehmen können häufig nur begrenzt eigene Mitarbeiter für ein Projekt abstellen, was sich allerdings zu einem gewissen Grad durch einen höheren Anteil an Fremdleistungen auffangen lässt. 	
Triebkräfte und Erfolgsfaktoren im Bereich der Umsetzung	<ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung einer angemessenen Projektstruktur (Intensivberatung, Machbarkeit, Entwicklung) aufgrund von Erfahrungen mit früheren Projekten - Einbeziehung bestehender Netzwerke und Partner mit INTERREG-Erfahrung (z. B. aus dem Bereich der Unternehmensförderung, aber auch Forschungseinrichtungen und ausländische Dienstleister, die sich gut mit KMU auskennen und denen KMU vertrauen). - Projektansatz: Ausgangspunkt muss der Bedarf der Unternehmen sein - Fähigkeit zu interkultureller Kommunikation ist Voraussetzung für grenzüberschreitende Maßnahmen - Effizientes Projektmanagement und gute Kenntnisse des Förderprogramms 	

Gewonnene Erkenntnisse und/oder Verbesserungsvorschläge	Probleme müssen im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten behoben werden. Solche „offenen“ Projekte für KMU sind sinnvoll. Kundenbindung ist wichtig, etwa durch Veranstaltungen für Unternehmen. KMU könnten sich als Multiplikatoren für Europa eignen.
Übertragbarkeit	Voraussetzungen: ein gutes Netzwerk und gute Partner, insbesondere aus den Bereichen Unternehmensförderung, Forschungseinrichtungen und ausländische Dienstleister, die sich gut mit KMU auskennen und denen KMU vertrauen; eine Vision zur Zukunft Europas und die Bereitschaft zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit; ein funktionierendes Projektmanagement und gute Kenntnisse der angebotenen Finanzierung
Kontaktangaben und Links	Angelika van der Kooi EUREGIO e. V. Enscheder Str. 362 48599 Gronau Tel.: +49 (0)2562 70227 E-Mail: a.vdkooi@euregio.de
Website	www.mechatronik-kmu.eu

4.3 Förderung der Übertragung von Unternehmen auf die nächste Generation

4.3.1 Moderatoren zur Sicherung der Unternehmensnachfolge, mit ESF-Mitteln gefördert

Ort	Land	Deutschland
	NUTS 1	Baden-Württemberg
	NUTS 2	
	Standort	
Zeitraumen	Projektbeginn	2008
	Projektende	2011
Kontext und Hintergrund	<p>Bei vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen in Baden-Württemberg steht in den nächsten Jahren ein Generationswechsel an. Die erfolgreiche Gestaltung der Unternehmensnachfolge ist von größter Bedeutung für die Betriebsübergeberinnen und Betriebsübergeber selbst, für die Beschäftigten sowie für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Da die Zahl der familieninternen Nachfolgen rückläufig ist, gewinnt die Weitergabe des Betriebes an eigene Mitarbeiter oder an externe Führungskräfte an Bedeutung.</p> <p>Nachfolgen durch Externe (MBO) gestalten sich in fast allen Belangen schwieriger als interne Nachfolgen. Es gibt deutlich weniger Nachfolgen, die auf diesem Weg problemlos verlaufen, zumal die Bandbreite der Probleme wesentlich höher ist.</p> <p>Bei den Übergebern ist die Suche nach dem richtigen Nachfolger oder der richtigen Nachfolgerin das dominierende Problem. Hinzu kommt eine Überforderung vieler Betriebsinhaber mit dieser erstmalig auftretenden und komplexen Aufgabe, und damit sicherlich verbunden eine zu späte und zu zögerliche „Inangriffnahme“ durch die Betriebsinhaber.</p>	

	<p>Gerade Übergeber, die keinen Nachfolger oder keine Nachfolgerin in der Familie haben, sind mit den üblichen Informations- und Qualifizierungsinstrumenten kaum zu erreichen. Sie besuchen keine Informationsveranstaltungen oder Seminare, da sie das „Licht der Öffentlichkeit“ meiden und das Tagesgeschäft im Vordergrund steht. Die Ansprache der Unternehmerinnen und Unternehmer ist in der Regel nur auf dem direkten Weg erfolgreich und bedarf eines besonderen Vertrauensverhältnisses.</p> <p>Vor diesem Hintergrund hat das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (heute: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft) im Jahr 2003 gemeinsam mit der im Bereich Gewerbeförderung federführenden Industrie- und Handelskammer IHK Heilbronn-Franken das Konzept der „Moderatoren zur Sicherung der Unternehmensnachfolge“ entwickelt.</p> <p>Mittelpunkt des Konzeptes bildet eine bei regionalen Kammern oder branchenspezifischen Verbänden angesiedelte fachlich qualifizierte Person, die als unmittelbarer Ansprechpartner und Moderator in allen Phasen der Betriebsübergabe zur Verfügung steht.</p>
Hauptziel(e)	<p>Ziel ist es, Übergeber frühzeitig zu sensibilisieren, die Unternehmensnachfolge anzugehen, und somit existierende Betriebe und die damit verbundenen Arbeitsplätze zu sichern.</p>
Ausführliche Beschreibung	<p>Nachfolgemoderatoren haben folgende zentrale Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Potentielle Übergeberinnen und Übergeber auffindig zu machen, sie anzusprechen und für die rechtzeitige und sorgfältige Planung der Nachfolge zu sensibilisieren und - zugleich die emotionalen Aspekte unter Einbeziehung der persönlichen und familiären Aspekte zu erörtern. - Aber auch die Sensibilisierung hinsichtlich betriebswirtschaftlicher, rechtlicher, erbrechtlicher und steuerlicher Fragen ist sehr wichtig. - Der Moderator oder die Moderatorin hilft, vor Ort abzuklären, ob potenzielle Nachfolger aus dem Familien- oder Mitarbeiterkreis vorhanden sind oder ob ein externer Nachfolger gesucht werden muss. Im letzten Fall unterstützt der Nachfolgemoderator der IHK Heilbronn-Franken beispielsweise mit Hilfe der bundesweiten Nachfolgebörse „next-change“ sowie mit einer eigenen IHK Nachfolgedatenbank. - Der Moderator oder die Moderatorin ist bei der Kontaktvermittlung zwischen potenziellen Übergebern und Übernehmern im Rahmen der bestehenden Angebote behilflich, entwickelt diese Angebote weiter und/oder erarbeitet neue Konzepte und setzt diese um. - Aufbau und Pflege von Beraternetzwerken und Moderation des Einsatzes von unterschiedlichen Fachberatern (Steuerberater, Rechtsanwälte, Unternehmensberater) - Hilfestellung bei der Erstellung eines Übergabefahplans <p>Es ist nicht Aufgabe der Moderatoren, selbst vertiefende Beratungen durchzuführen.</p> <p>Die Anforderungen an die Person des Moderators sind hoch. Er muss in allen Phasen der Betreuung sowohl gegenüber dem Übergeber als auch dem Übernehmer ein hohes Maß an Diskretion und Vertraulichkeit gewährleisten. Vor allem bei familieninternen Lösungen ist ein entsprechendes Fingerspitzengefühl unabdingbar.</p>

Durchführungsstruktur	<p>Aktuell sind bei den Industrie- und Handelskammern Heilbronn-Franken, Nordschwarzwald, Ulm, Rhein-Neckar, Reutlingen, bei den Handwerkskammern Karlsruhe und Stuttgart sowie beim Hotel- und Gaststättenverband Baden-Württemberg (DEHOGA) und der Wirtschaftsregion Südwest Nachfolgemoderatoren in Baden-Württemberg tätig.</p> <p>Bei den eingesetzten Moderatoren handelt es sich um erfahrene Fachkräfte, die idealerweise selbst unternehmerisch tätig waren oder Unternehmensberatungs- bzw. Finanzierungserfahrung mitbringen.</p>
Zielgruppe / Nutznießer	Inhaberinnen und Inhaber von KMU die von einer Übergabe betroffen sind, sowie (potenzielle) Betriebsübernehmende mit Sitz in Baden-Württemberg.
Ist die Maßnahme in eine übergeordnete Strategie eingebettet?	Die Moderatoren zur Sicherung der Unternehmensnachfolge sind Bestandteil der mittelstandspolitischen Strategie, insbesondere der aktuellen Gründungsinitiative Baden-Württemberg.
Durchführungsverfahren	In der Regel bzw. im Idealfall handelt es sich bei den Moderatorenstellen um eine feste Einheit bzw. feste Stelle in einer Kammer bzw. einem Verband. Als fester Mitarbeiter hat der/die Nachfolgemoderator/in Zugriff auf die Unternehmensdaten und kann proaktiv auf Unternehmen, bei denen eine Übergabe thematisiert werden sollte, zugehen.
Personalressourcen	<p>In der Regel bzw. im Idealfall wird von Kammern oder Verbänden eine Person mit einem Stellenumfang von 100 Prozent für die Aufgabe des Nachfolgemoderators eingesetzt.</p> <p>Bei der IHK Heilbronn-Franken beispielsweise wird die Aufgabe des Nachfolgemoderators von Herrn Jürgen Becker mit 100 Prozent seiner Arbeitszeit umgesetzt.</p>
Haupterfolg(e)	<p>Durch die Förderung regional angesiedelter oder branchenspezifischer Nachfolgemoderatoren ist in Baden-Württemberg ein Netzwerk von mehreren Ansprechpartnern entstanden, die Übergebern sowie Übernehmern mit einem hohen Maß an Diskretion und Vertraulichkeit in allen Phasen der Betriebsübergabe bzw. Übernahme zur Verfügung stehen.</p> <p>Angestrebt wird, dass das Konzept des Nachfolgemoderators – gefördert oder nicht gefördert – flächendeckend bei Kammern und Verbänden in Baden-Württemberg eingesetzt wird.</p> <p>Die hinter dem Moderatorenkonzept stehende Idee wird mittlerweile nicht nur von baden-württembergischen Kammern und Verbänden, sondern auch von Kammern außerhalb Baden-Württembergs nachgefragt und umgesetzt. Das Konzept findet in der deutschen Kammerlandschaft eine hohe Beachtung und hat zwischenzeitlich in ein von der Bildungs-GmbH des DIHK geschaffenes Seminarangebot Eingang gefunden.</p>

	<p>Erfolg des Konzeptes aus Sicht der IHK Heilbronn-Franken:</p> <p>„Die Sensibilisierung und das aktive Zugehen auf die Betriebe erweist sich als das richtige Vorgehen. Es hat sich gezeigt, dass in den meisten Fällen erst durch das aktive Zugehen auf die Unternehmen eine nachhaltige Auseinandersetzung mit dem Thema angestoßen und bewirkt worden ist. Die Unternehmen wären von sich aus an das Thema nicht oder nur zögerlich herangegangen, waren aber froh von der IHK als neutraler Stelle angesprochen zu werden und über das Thema reden zu können. Im Rahmen der dann folgenden Betreuungsgespräche konnten weitere Beratungsdienstleistungen aus dem Netzwerk weiterempfohlen werden. Die emotionalen Aspekte wurden unter Einbeziehung der persönlichen und familiären Interessen erörtert. Die Hilfestellung bei der Klärung, ob ein Nachfolger aus dem Familien- oder Mitarbeiterkreis vorhanden ist oder extern gesucht werden muss, hat sich bewährt. Die Unterstützung bei der Suche nach einem externen Nachfolger über eine regionale und überregionale Plattform kam gut an. In nahezu allen Fällen konnte in Richtung betriebswirtschaftlich, rechtlich, erbrechtlich und steuerlich zu beachtende Faktoren sensibilisiert werden. Zusätzlich konnten Fragen nach Finanzierungsmöglichkeiten geklärt werden. Diskretion Einfühlungsvermögen und Vertraulichkeit sind Voraussetzung und haben sich ausgezahlt. Sensibilisierung über Presseberichte, Radio, Fernsehen, Vortragsveranstaltungen und Podiumsdiskussionen waren sehr erfolgreich. Es ist gelungen ein Beraternetzwerk aufzubauen, das Matchingverfahren weiterzuentwickeln und Aufklärungsarbeit hinsichtlich alternativer Finanzierungsformen zu leisten.“</p>
Hauptergebnisse	<p>Im Zeitraum Anfang April 2008 bis Ende Dezember 2011 haben zehn geförderte Nachfolgemoderatoren insgesamt rund 7000 Unternehmensnachfolgen beraten und begleitet.</p> <p>Die IHK Heilbronn-Franken setzt das Moderatorenkonzept seit dem Jahr 2003 ein und kann bislang folgende detaillierte Ergebnisse vorweisen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 805 persönlich beratene und betreute Unternehmen, verbunden mit insgesamt 12 457 Arbeitsplätzen und einem Umsatzvolumen in Höhe von 1685 Mio. EUR - 305 abgeschlossene Übergaben, verbunden mit 5160 Arbeitsplätzen und einem Umsatzvolumen von 812 Mio. EUR
Gesamtkosten	<p>Die ESF-Förderung der Nachfolgemoderatoren betrug im Zeitraum Anfang April 2008 bis Ende Dezember 2011 insgesamt rund 940 000 EUR.</p> <p>Die Kosten für den Nachfolgemoderator der IHK Heilbronn-Franken betragen ca. 100 000 EUR jährlich.</p>
Finanzierung	<p>ESF Verbände und Kammern</p>
Gewonnene Erkenntnisse und/oder Verbesserungsvorschläge	<p>Das Matchingverfahren insbesondere bei der Suche nach externen Nachfolgern sollte weiterentwickelt und möglichst optimiert werden. Eine überregionale Vernetzung der einzelnen Berater und Flächendeckung sind anzustreben.</p>

Übertragbarkeit	Feste Verankerung des Nachfolgemoderators innerhalb einer Kammer bzw. eines Verbands
Spin-off-Effekte und -projekte	Durch das Moderatorenkonzept wird der Dienstleistungsgedanke gegenüber den Unternehmen gestärkt.
Kontaktangaben und Links	Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg Initiative für Existenzgründungen und Unternehmensnachfolge – ifex Katja Gieseler +49 711-1232708 katja.gieseler@mfw.bwl.de www.gruendung-bw.de IHK Heilbronn-Franken Jürgen Becker +49 7131-9677316 becker@heilbronn.ihk.de www.heilbronn.ihk.de
Website	http://www.gruendung-bw.de > Unternehmensnachfolge > Moderatoren zur Sicherung der Unternehmensnachfolge http://www.heilbronn.ihk.de

4.4 Förderung von Konsolidierung, Wachstum, Innovation und Internationalisierung in Unternehmen

4.4.1 Innovationsförderprogramme („sanfte“ Maßnahmen) für KMU in Niederösterreich, mit EFRE-Mitteln gefördert (Technopolprogramm, Clusterprogramm, Technologie- und InnovationsPartner)

Ort	Land	Österreich
	NUTS 2	Niederösterreich
	Standort	St. Pölten
Zeitraumen	Projektbeginn	2007
	Projektende	2013
Kontext und Hintergrund	<p>Die Wirtschaftslandschaft Niederösterreichs ist durch KMU geprägt (97,5 % Kleinunternehmen, 2 % mittelgroße Unternehmen, nur ganz wenige Großunternehmen). Weitere Merkmale sind das Fehlen einer kritischen Masse im Bereich der öffentlichen Forschung und Entwicklung und eine stark diversifizierte Wirtschaft ohne besondere Spezialisierung.</p> <p>Die wichtigsten Herausforderungen für die Innovationspolitik sind der Aufbau einer kritischen Masse im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation in Nischentechnologien und die Förderung der Innovationsleistung in ländlichen Gebieten. Seit Mitte der 1990er Jahre hat die Region schrittweise mehrere Instrumente für die Bereiche Infrastruktur, finanzielle Unterstützung sowie Beratung und Dienstleistung entwickelt, um den genannten Herausforderungen zu begegnen.</p> <p>Die drei wichtigsten Programme sind:</p> <p>Technopolprogramm: Förderung einer technologieorientierten Standortentwicklung für Nischentechnologien</p>	

	<p>Cluster- und Netzwerkprogramm: Förderung der Innovation in Unternehmen durch Kooperationsprojekte und der Aufbau regionaler und regionenübergreifender Wertschöpfungsketten</p> <p>TIP – Technologie- und InnovationsPartner: Sensibilisierung für das Thema Innovation, Ermittlung der Innovationsleistung und Förderung der Durchführung von FEI-Projekten in Einzelunternehmen</p>
Hauptziel(e)	<ul style="list-style-type: none"> • Aufbau einer kritischen Masse im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation in Nischentechnologien • Schaffung eines Alleinstellungsmerkmals ohne Überschneidung mit anderen Regionen • Förderung des Zusammenwirkens verschiedener Instrumente • Kooperation mit benachbarten Regionen • Erleichterung des Zugangs zu innovationsbezogenen Informationen auch in ländlichen Gebieten, Förderung der Innovationsleistung <p>Innovation und Technologie sind ein wichtiger Eckpfeiler der Wirtschaftsstrategie 2015.</p> <p>Beispiele für messbare Indikatoren:</p> <p>Zahl der Projekte, Projektumfang, Zahl der Arbeitsplätze, Forscher, Technologiezentren, Forschungs- und Bildungseinrichtungen, Studierenden an den Hochschulen und Unternehmen an den Technopol-Standorten, Ansiedlung von Unternehmen, Unternehmensgründungen, Studiengänge und Hochschulfakultäten in den betreffenden Technologiebereichen, Schaffung von Arbeitsplätzen in neuen Unternehmen, in den betreffenden Technologiebereichen tätige Unternehmen, Infrastrukturprojekte und Gesamtinvestitionsvolumen, Arbeitsplätze in Technologiezentren, Forschungsinstitute, COMET-Zentren, Christian-Doppler-Labore</p> <p>Umsatzentwicklung und Zahl der (qualifizierten) Arbeitsplätze in Clusterunternehmen, Zahl der Projekte im Bereich der Produkt- und Systementwicklung, Teilnahmequote an den vom Cluster gestarteten Kooperationsprojekten, Teilnahmequote an kompetenz- und produktivitätsfördernden Initiativen, Zahl der an Kooperationsprojekten beteiligten Großunternehmen, Zahl der beim Cluster ermittelten neuen Schwerpunktthemen, Zahl der in Gang gebrachten Leitprojekte, Zahl der organisationsübergreifenden / sich überschneidenden Projekte, Kundenzufriedenheit</p> <p>Anteil innovativer Unternehmen, Zahl und Anteil der Strategieberatungen und Folgemaßnahmen, Zahl der Neukunden, neu entwickelten Waren und Dienstleistungen und der organisationsübergreifenden / sich überschneidenden Projekte, FuE-Ausgaben geförderter Unternehmen</p>
Ausführliche Beschreibung	<p>Während die Technologie- und InnovationsPartner daran arbeiten, das Bewusstsein für Innovationen zu schärfen und die allgemeine Innovationsleistung zu erhöhen, sind die Clustermanager darauf fokussiert, Kooperationsprojekte im Bereich der Forschung, Entwicklung und Innovation anzustoßen, regionale und regionenübergreifende Wertschöpfungsketten aufzubauen sowie Nischen und die Zukunftsaussichten für die verschiedenen Cluster zu ermitteln. Die Technopol-Manager erleichtern den Prozess der gemeinsamen Strategieentwicklung (und Spezialisierung) in Hochschuleinrichtungen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen und unterstützen die Entwicklung von Forschungsprojekten, Neuansiedlungen und Unternehmensgründungen an den Technopol-Standorten.</p>

Durchführungsstruktur	Technopolprogramm und Clusterprogramm: ecoplus, die Wirtschaftsagentur des Landes Niederösterreich; TIP: gemeinsame Finanzierung durch die Landesverwaltung Niederösterreich und die Handelskammer
Zielgruppe / Nutznießer	<ul style="list-style-type: none"> • Fokussierung auf KMU in Niederösterreich, aber auch auf • führende Großunternehmen, • Hochschulen (im Bereich angewandter Wissenschaften) und Forschungsinstitute. <p>Das Cluster- und das Technopolprogramm sind insbesondere auf branchen- bzw. technologiespezifische Nischen konzentriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Technopol Tulln für Agrar- und Umweltbiotechnologie: Tier- und Pflanzenproduktion, (Bio)analytik, Naturstofftechnik, Umweltbiotechnologie • Technopol Krems für medizinische Biotechnologie: regenerative Medizin, z. B. extrakorporale Blutreinigung, Tissue Engineering, Zelltherapie und künftiges Bauen (Niedrigenergiehaus) • Technopol Wiener Neustadt für moderne industrielle Technologien: Oberflächentechnik, Kompetenzzentrum für Elektrochemie und Tribologie, Mikrosystemtechnik, integrierte Sensorsysteme, medizinische Anwendungen, Spritzgusstechnik • Technologiezentrum Wieselburg: Bioenergie und Agrartechnologien • Bau.Energie.Umwelt-Cluster: energieeffizientes Bauen und Althausanierung • Kunststoff-Cluster: Biokunststoffe, Verbundwerkstoffe • Mechatronik-Cluster: energieeffiziente Fertigung, LED-Komponenten • Lebensmittel-Cluster: Lebensmittelsicherheit, regionale Lebensmittel und Bioprodukte • Logistik-Cluster: branchenübergreifendes Cluster zur gemeinsamen Lösung logistischer Herausforderungen wie den Modal Split und die Transportbündelung zur Reduzierung von Leerfahrten
Ist die Maßnahme in eine übergeordnete Strategie eingebettet?	<p>Die oben beschriebenen Programme sind integraler Bestandteil der regionalen Innovationsstrategie (Wirtschaftsstrategie 2015), die die folgenden strategischen Eckpfeiler enthält: Innovation und Technologie, Kooperation, Qualifikation, Unternehmensgründungen, neue Märkte und Nachhaltigkeit.</p> <p>Die erwähnten Programme dienen vor allem der Umsetzung der strategischen Eckpfeiler „Innovation und Technologie“ und „Kooperation“. Gleichzeitig leisten sie einen Beitrag zur Qualifizierung in KMU, zur Unterstützung neuer Hightechunternehmen (Technopole) und zur Nachhaltigkeit (Ökoinnovationen in den Clustern).</p> <p>Technopole und Cluster sind auch Schlüsselfaktoren für die regionale Spezialisierung und Diversifizierung. Beide Programme sind auf die Arbeit der Technologie- und InnovationsPartner (TIP) zur Erhöhung der Innovationsleistung angewiesen.</p>

Hauptergebnisse	<p>Technopolprogramm:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Initiierung und Durchführung von 119 FuE-Projekten mit einem Projektvolumen von 143 Mio. EUR • Durchführung von 13 Infrastrukturprojekten (Volumen: 70 Mio. EUR) • Über 1100 Forscher in Natur- und Technikwissenschaften • Des Weiteren 400 Hightech-Arbeitsplätze im Bereich des Managements der Technopole • Gesamtwertschöpfung von 190 Mio. EUR im Jahr 2009 <p>Clusterprogramm:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beteiligung von 672 Unternehmen mit mehr als 80 200 Beschäftigten in den fünf Clustern • Durchführung von 377 Kooperationsprojekten durch die Clusterunternehmen seit der ersten regionalen Clusterinitiative im Jahr 2001 • Kumuliertes Projektvolumen der fünf Cluster: 52,2 Mio. EUR (Stand: 30. Juni 2011), fast zwei Drittel davon (65 %) sind Eigeninvestitionen der Unternehmen • Gesamteffekt der durch die bezuschussten niederösterreichischen Cluster durchgeführten Projekte: 27,3 Mio. EUR; Gesamtwertschöpfung der niederösterreichischen Cluster in der Summe der direkten und durch Multiplikatoreffekte erzielten Wertschöpfung in Niederösterreich, in anderen österreichischen Bundesländern und im Ausland: 47,8 Mio. EUR; Beschäftigungseffekte: 624 Arbeitsplätze in Person Jahren bzw. 560 Vollzeiteneinheiten (Economica Institut für Wirtschaftsforschung, 2011) <p>TIP:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erbringung von jährlich rund 600 externen Beratungsleistungen sowie 300 TIP-Beratungsleistungen, vorwiegend zur Ermittlung des Innovationspotenzials und zur Förderung von Innovationen in KMU • 210 der Beratungsleistungen in Kernbereichen wie Innovationsmanagement, kreative Techniken oder strategische Bereiche • Gewährleistung der Ermittlung der Innovationsleistung und der Ausweitung innovativer Unternehmen auch im ländlichen Raum durch 150 Neukunden pro Jahr
Finanzierung und Gesamtkosten	<p>Technopolprogramm (März 2008 bis Dezember 2013): EFRE: 2 022 647,00 EUR, Regionalhaushalt: 2 022 647,00 EUR Gesamt: 4 045 294,00 EUR</p> <p>Clusterprogramm (Januar 2007 bis Dezember 2013): EFRE: 5 624 235,50 EUR, Regionalhaushalt: 12 298 972,50 EUR, private Kofinanzierung: 2 665 000,00 EUR Gesamt: 20 588 208,00 EUR</p> <p>TIP-Programm: EFRE: 2 195 709,00 EUR, Regionalhaushalt: 6 206 225,40 EUR, Handelskammer: 2 673 677,60 EUR Gesamt: 11 075 612,00 EUR</p>
Triebkräfte und Erfolgsfaktoren im Bereich der Umsetzung	<ul style="list-style-type: none"> • Ermittlung der Herausforderungen und des Bedarfs der Unternehmen durch eine regionale SWOT-Analyse • Hohe Unternehmensbeteiligung, vorwiegend von KMU • Offene Kommunikation und Zusammenarbeit aller an der regionalen Innovationspolitik beteiligten Akteure

Weitere relevante Hinweise	<p>Gewonnene Erkenntnisse:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Es ist wichtig, die verschiedenen politischen Instrumente in eine integrierte regionale Innovationspolitik (intelligente Spezialisierung) einzubetten und die Instrumente zu verzahnen, etwa durch die Verbindung von Förderprogrammen und unterstützenden Dienstleistungen oder die Ermöglichung clusterübergreifender Kooperationen, um das gesamte Innovationspotenzial einer Region zu nutzen. • Femer ist wichtig, Großunternehmen in die innovationspolitischen Instrumente einzubeziehen, um KMU den Zugang zu ermöglichen und die Entwicklung regionaler Wertschöpfungsketten zu unterstützen. • Die niederösterreichischen Programme dienen der regionalen Wirtschafts- und Innovationsförderung. Von Vermittlern zwischen Regionalregierung und Wirtschaft erbrachte Leistungen können nicht dem freien Markt überlassen werden. Diese Tätigkeiten müssen öffentlich gefördert werden. • Um flexible und fakten gestützte politische Antworten auf neue Entwicklungen in der Regionalwirtschaft zu ermöglichen, bedarf es eines umfassenden Überwachungs- und Evaluierungssystems.
Kontaktangaben und Links	<p>Landesregierung Niederösterreich Abteilung Wirtschaft, Tourismus und Technologie A-3109 St. Pölten Landhausplatz 1, Haus 14 Frau Irma Priedl, Bereichsleiterin Innovation und Technologie +43 2742 9005, Durchwahl: 16123 Irma.priedl@noel.gv.at</p>
Websites	<p>http://www.noel.gv.at/index.html http://www.ecoplus.at/de/ecoplus/technologie-forschung/technopole http://www.ecoplus.at/de/ecoplus/cluster-niederoesterreich http://www.tip-noe.at/</p>

4.4.2 I2I (Innovation für Industrialisierung) für fortschrittliche Mikro- und Nanosysteme, mit ERDF-Mitteln gefördert

Ort	Land	Niederlande
	NUTS 2	Gelderland und Overijssel
	Standort	Amhem
Zeitraumen	Projektbeginn	1. Januar 2012
	Projektende	31. Dezember 2014

<p>Kontext und Hintergrund</p>	<p>In den Provinzen Overijssel und Gelderland im Osten der Niederlande sind zwei herausragende Wissens- und FuE-Zentren im Bereich der Mikro- und Nanoelektronik angesiedelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Universität Twente (Overijssel) - die Radboud-Universität Nijmegen (Gelderland) <p>Die beiden Zentren bringen zahlreiche Spin-off- und Start-up-Unternehmen für innovative Mikro- und Nanosysteme hervor, die nach der erfolgreichen Entwicklung eines erprobten Innovationskonzepts im Bereich der Mikro- und Nanoelektronik zwei Herausforderungen gegenüberstehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zahlende Kunden für die Anwendung der erprobten Technologie zu finden und • industriell gefertigte mikro- und nanoelektronische Produkte von höchster Qualität zu liefern. <p>Die beiden FuE-Zentren und ihre Spin-off-Unternehmen liegen direkt neben einem Industriepark mit weltbekannten Halbleiterunternehmen und einem Konglomerat aus renommierten Medizintechnikunternehmen und Wissenseinrichtungen, die für ihre medizinischen Point-of-Care-Geräte auf mikro- und nanoelektronische Innovationen angewiesen sind. Das Business Cluster Semiconductors East Netherlands (BCS), das aus mehr als 60 Unternehmen im Bereich der Mikro- und Nanoelektronik sowie 22 KMU-Partnern besteht, schlägt mit I2I eine Brücke zwischen der Entwicklung mikro- und nanoelektronischer Innovationen, industrieller Fertigung und innovativen medizinischen Point-of-Care-Anwendungen.</p>
<p>Hauptziel(e)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung sechs innovativer mikro- und nanoelektronischer Machbarkeitsnachweise für industriell gefertigte Mikro- und Nanoprodukte auf dem strategisch und wirtschaftlich bedeutsamen Gebiet medizinischer Point-of-Care-Geräte • Zusammenführung aller für innovative KMU im Bereich der Mikro- und Nanoelektronik erforderlichen Kompetenzen und Ermöglichung des Zugangs zu ihnen, um die innovativen Machbarkeitsnachweise zu industriell gefertigten mikro- und nanoelektronischen Produkten weiterzuentwickeln • Aufbau einer offenen industriellen Hightech-Infrastruktur, zu der innovative Start-up-Unternehmen und KMU Zugang haben, um mikro- und nanoelektronische Produkte im Bereich integrierter Schaltkreise entwickeln und herstellen zu können
<p>Ausführliche Beschreibung</p>	<p>I2I unterstützt KMU im Bereich der Mikro- und Nanotechnologie, um die industrielle Nutzung der von ihnen entwickelten Technologien und Anwendungen zu ermöglichen.</p>
<p>Durchführungsstruktur</p>	<p>Federführung: Business Cluster Semiconductors East Netherlands (BCS) FuE-Teilprojekt: 6 federführende Unternehmen für die einzelnen FuE-Projekte</p> <p>Clusterentwicklung und offene industrielle Infrastruktur: BCS</p> <p>Weitere im Beirat vertretene Akteure: Health Valley Netherlands, Kennispark Twente, MESA+/HighTechFactory, InnovatiePlatform Twente, die Provinzen Gelderland und Overijssel und Regio Twente</p>

Zielgruppe / Nutznießer	<p>Alle KMU (einschließlich Start-up- und Spin-off-Unternehmen), die an der Forschung und Entwicklung innovativer mikro- und nanoelektronischer Systeme beteiligt sind</p> <p>Indirekt alle Unternehmen im Bereich der medizinischen Point-of-Care-Diagnostik, die für eigene Innovationen auf die Mikro- und Nanoelektronik angewiesen sind</p>
Ist die Maßnahme in eine übergeordnete Strategie eingebettet?	<p>Ja: Die Maßnahme passt zum niederländischen Programm für den „Topsector High-Tech Systems & Materials (HTSM)“. Sie bildet die Schnittstelle zwischen HTSM und den Anwendungen im „Topsector Life Sciences“.</p> <p>Ja: Sie passt zu „Horizont 2020“, insbesondere zur Bedeutung der Schlüsseltechnologien in dem EU-Programm.</p>
Durchführungsverfahren	Fokussierte FuE-Partnerschaften sowie Forschungs- und Konzeptentwicklung zu leicht zugänglichen Kompetenzen, Know-how und offenen industriellen Hightech- und Produktionsinfrastrukturen
Hauptergebnisse	<p>Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 7 neue FuE-Kooperationen mit entsprechenden Entwicklungsprojekten - 19 KMU-Partner mit direkter Projektbeteiligung - 3 beteiligte Bildungseinrichtungen (Technische Universität Twente, Radboud-Universität Nijmegen, Medizinische Hochschule St. Radboud) - 56 unterstützte KMU - Schaffung oder Erhaltung von 370 Arbeitsplätzen - Privatinvestitionen in Höhe von 35 Mio. EUR nach Projektende
Gesamtkosten	10,9 Mio. EUR
Finanzierung	<p>EFRE</p> <p>Regionalhaushalt</p> <p>Private Kofinanzierung</p>
Triebkräfte und Erfolgsfaktoren im Bereich der Umsetzung	Hohe KMU-Beteiligung
Übertragbarkeit	Nötig sind eine engmaschige Koordinierung und hohe KMU-Beteiligung sowie die Zusammenführung von Unternehmen und Wissensinstitutionen in den Bereichen Technologie und Medizin und der Aufbau von Beziehungen zu ihnen.
Weitere relevante Hinweise	Da das Projekt gerade erst angelaufen ist, können noch keine Schlussfolgerungen gezogen, Schwierigkeiten aufgezeigt oder Empfehlungen gegeben werden.
Kontaktangaben und Links	<p>Business Cluster Semiconductors Netherlands</p> <p>Drs. J. H. M. Gerards</p> <p>P.O. box 5215</p> <p>6802 EE Arnhem</p> <p>Niederlande</p> <p>+31 (0)26 3844222</p>
Website	www.bcsemi.nl


4.4.3 Das Wachstumsforum, mit ESF- und EFRE-Mitteln gefördert

Ort	Land	Dänemark
	NUTS 2	Süddänemark
Zeitraumen	Fortlaufende Entwicklung	
Kontext und Hintergrund	<p>In der Region Süddänemark gibt es eine Reihe schon länger etablierter Cluster im Bereich traditioneller Industrien, etwa in der Lebensmittelindustrie, der Mechatronik, dem Bereich Verkehr und Logistik und der Offshore-Industrie. Daneben verfügt die Region aber auch über eine Reihe tragfähiger Cluster im Bereich neuerer Wirtschaftszweige wie der Energietechnik, der Robotertechnik, der Kühltechnik und der Informations- und Kommunikationstechnologie, die sich zu einer echten Stärke entwickeln können. Schließlich gibt es noch einige potenzielle Cluster, etwa in den Bereichen Bioenergie, Luftreinigung in der Landwirtschaft, Medizingeräte, Abfallbehandlung, IT-basierte Erlebniswirtschaft, Biotechnologie und bessere Verwertung von Agrarerzeugnissen. Dieser Cluster könnten die zukünftigen Wachstumsgeneratoren sein.</p> <p>Die Clusterinfrastruktur steht daher im Mittelpunkt der Wirtschaftsförderungsstrategie Süddänemarks für die Jahre 2012 bis 2020. In mehreren Schwerpunktbereichen, die das Potenzial besitzen, Wachstum und Beschäftigung in Süddänemark zu schaffen, wurden Kooperationsprojekte in Form öffentlich-privater Partnerschaften eingerichtet. Dazu zählen</p> <ul style="list-style-type: none"> • das Cluster „Technologie im Sozialwesen“ • das Cluster „Energieeffizienz“ • das Design-Cluster • verschiedene Offshore-Cluster • die Lebensmittelinitiative des Wachstumsforums <p>Das Wachstumsforum ist Dreh- und Angelpunkt regionaler Wachstumsinitiativen. Die Partnerschaft aus Wirtschaft und Politik, der Unternehmen, Wissens- und Bildungseinrichtungen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, lokale Behörden und die Region Süddänemark angehören, soll eine Schlüsselrolle einnehmen und die wirtschaftliche Entwicklung der Region direkt beeinflussen. Daher wird ihr Schwerpunkt auch weiterhin die Entwicklung vorhandener sowie neuer leistungsfähiger Cluster in den genannten Wirtschaftszweigen sein.</p>	

Hauptziel(e)	<p>Ziele im Bereich Unternehmertum:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Zahl der Unternehmer durch Förderung unternehmensfreundlicher Rahmenbedingungen und einer stärker unternehmerischen Kultur • Ausweitung des Anteils neuer Unternehmen • Förderung des unternehmerischen Denkens im Bildungswesen <p>Ziele des Wachstumsforums in Bezug auf Cluster:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fortführung der Neuausrichtung der wirtschaftlichen Stärken sowie der Umstrukturierung der bestehenden Cluster • Gewährleistung, dass neue Cluster wachsen können • Entwicklung von Cluster- und Vernetzungsinitiativen durch ein starkes Engagement von Unternehmen in Verbindung mit Bildungseinrichtungen und Behörden <p>Ziele im Bereich Personalressourcen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Attraktivität Süddänemarks als Lebens- und Arbeitsmittelpunkt • Sicherstellung, dass Süddänemark über die erforderlichen Arbeitskräfte mit den benötigten Qualifikationen verfügt • Erhöhung der Zahl qualifizierter junger Menschen • Erhöhung der Zahl an Menschen mit besserer Ausbildung • Stärkere Aufnahme an Studierenden und bessere Abstimmung von Bildungs- und Markterfordernissen • Verbesserung der Fähigkeit von Arbeitnehmern, sich durch lebenslanges Lernen an Veränderungen anzupassen <p>Ziele im Bereich Forschung, Innovation und neue Technologien:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zugang zu allgemeinen Kompetenzen im Bereich von Forschung und Wissen, die auf die bestehenden wirtschaftlichen Stärken der Region und die potenziellen Wachstumsindustrien abgestimmt sind • Förderung innovativen Denkens und innovativer Tätigkeiten sowie Austausch und Nutzung von Wissen in der Region • Festigung der wirtschaftlichen Stärken im Fertigungssektor, die sich auf einen hohen Kenntnisstand gründen • Dynamisierung und Schaffung von Innovationen in neuen potenziellen Wirtschaftsbereichen und Wachstumsindustrien <p>Ziele des Wachstumsforums im Bereich Erlebniswirtschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung des Marktanteils der Region im Bereich der Erlebniswirtschaft • Öffentlich-private Zusammenarbeit im Bereich der Förderung der Erlebniswirtschaft (etwa bei Kunst, Kultur, Unterhaltung, Sport, Architektur, Design und Tourismus) • Schaffung neuer Produkte und Dienstleistungen, die höhere Gewinne in der Erlebniswirtschaft abwerfen • Förderung des Potenzials von Randgebieten, an der Erlebniswirtschaft teilzuhaben
--------------	---

<p>Ausführliche Beschreibung</p>	<p>Das Wachstumsforum Süddänemark ist Dreh- und Angelpunkt der regionalen Wachstumsinitiativen und der Partnerschaft aus Wirtschaft und Politik, der Unternehmen, Wissens- und Bildungseinrichtungen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, lokale Behörden und die Region Süddänemark angehören.</p> <p>Das Wachstumsforum investiert in die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Bereichen Innovationen im Gesundheits- und Sozialwesen, nachhaltige Energien und Erlebniswirtschaft.</p> <p>Darüber hinaus hat das Wachstumsforum Mittel für drei Investmentpools / Fonds vorgemerkt, die Initiativen unterstützen sollen, die der Region bei der Verwirklichung ihrer Ziele für das Jahr 2020 helfen können:</p> <p>1. DER SÜDDÄNISCHE KREDITFONDS FÜR RANDGEBIETE</p> <p>Der Kreditfonds, der über 20 Mio. DKK verfügt, ist dazu gedacht, Unternehmern in Randgebieten der Region Darlehen zu gewähren. Zielgruppe sind Unternehmen in der Gründungs-, Anfangs- oder Wachstumsphase. Die Fondsdarlehen müssen eins zu eins durch externe Privatmittel ergänzt werden.</p> <p>2. DER SÜDDÄNISCHE FONDS FÜR TECHNOLOGIEN IM SOZIALWESEN</p> <p>„Welfare Tech Invest“ ist ein Fonds zur Finanzierung von Technologien im Sozialwesen, der Unternehmen, die in Süddänemark auf diesem Gebiet tätig sind, 75 Mio. DKK als Start- oder Expansionskapital zur Verfügung stellt. Zielgruppe sind Unternehmen in der Gründungs-, Anfangs- oder Wachstumsphase. Die Fondsdarlehen müssen grundsätzlich eins zu eins durch externe Privatmittel ergänzt werden. Ferner werden aus dem Kapitalfonds Darlehen an Unternehmer in den ländlichen Gebieten der Region vergeben. Für diesen Zweck stellt der Fonds weitere 20 Mio. DKK zur Verfügung.</p> <p>Zusätzlich zu dem Wagniskapitalfonds soll Anfang 2013 ein besonderes Unternehmensaufbauprogramm gestartet werden.</p> <p>Zielvorgaben für den Fonds „Welfare Tech Invest“ (für die nächsten fünf Jahre):</p> <p>Der Fonds soll in zwölf junge Unternehmen investieren, die in der Region im Bereich der Technologie im Sozialwesen tätig sind.</p> <p>Er soll 30 Darlehen an Unternehmen in ländlichen Gebieten der Region vergeben.</p> <p>In den im Portfolio aufgeführten Unternehmen sollen 175 bis 250 Arbeitsplätze geschaffen werden.</p> <p>3. INVESTMENTPOOL FÜR INNOVATIONEN DURCH ÖFFENTLICH-PRIVATE PARTNERSCHAFTEN</p> <p>Der Investmentpool verfügt über 20 Mio. DKK zur Förderung der kommerziellen Verwertung von Innovationsprojekten öffentlich-privater Partnerschaften. Die Fördermittel stehen Privatunternehmen zur Verfügung, die mit dem öffentlichen Sektor zusammenarbeiten, um Produkte in der kritischen Phase unmittelbar vor Markteinführung zu testen und gegebenenfalls zu modifizieren. Die Projekte müssen auf die kommerzielle Verwertung der Produkte abzielen und gleichzeitig einen Bedarf im öffentlichen Sektor decken.</p>
<p>Durchführungsstruktur</p>	<p>Region Süddänemark</p>

Zielgruppe / Nutznießer	<p>Bestehende Unternehmen, neue Unternehmen, geplante Unternehmen Im Folgenden sind die Zielbereiche in den drei von der Region definierten Strategiebereichen für wirtschaftliche Spitzenleistungen aufgeführt.</p> <p>Nachhaltige Energien</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sektoren, die Technologien, Kenntnisse und Komponenten verwenden, die eine intelligente und effiziente Nutzung aller Energieformen ermöglichen - Sektoren, die Technologien, Kenntnisse und Komponenten verwenden, die für den Einsatz in allen Bereichen der Wertschöpfungskette bei der Offshore-Energieerzeugung aus erneuerbaren und fossilen Energiequellen bestimmt sind <p>Technologien im Gesundheits- und Sozialwesen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sektoren, die auf Lösungen im Gesundheits- und Sozialwesen setzen, die zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen im sozialen Bereich beitragen können und gleichzeitig das Wachstum in der Privatwirtschaft erhöhen <p>Erlebniswirtschaft mit Schwerpunkt Tourismus und Design</p> <ul style="list-style-type: none"> - Dienstleistungssektoren im Bereich Urlaubs- und Geschäftsreisen - Sektoren, die Designlösungen einsetzen, um den Wert der unternehmerischen Angebote zu erhöhen - Sektoren, die Nahrungsmittel verwenden, um den Wert der Angebote zu erhöhen
Ist die Maßnahme in eine übergeordnete Strategie eingebettet?	Ja. Das Wachstumsforum wurde als Instrument der Regionalentwicklung konzipiert. Zudem spielen die hochspezialisierten Clusterorganisationen eine besondere Rolle im regionalen Innovationssystem.
Durchführungsverfahren	<p>Um die strategischen Ziele der Produktivitäts- und Beschäftigungssteigerung zu erfüllen, werden folgende Instrumente eingesetzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unternehmertum - Personalressourcen und Bildung - Forschung, Innovation und neue Technologien, einschließlich Design und IKT - Clusterentwicklung

<p>Erwartete Ergebnisse</p>	<p>Jedes Cluster hat bestimmte Zielvorgaben und die Erwartung zu erfüllen, dass die Geschäftsführung das geforderte Spitzenmanagement im Bereich europäischer Cluster gemäß den Qualitätsindikatoren und Peer-Review-Verfahren auf der Website cluster-excellence.eu der europäischen „Cluster Excellence Initiative“ umsetzt.</p> 
<p>Finanzierung</p>	<p>Das Wachstumsforum erhält jährlich 100 Mio. DKK (13,4 Mio. EUR) aus dem süddänischen Regionalfonds für Wirtschaftsförderung und rund 100 Mio. DKK aus den Sozial- und Regionalfonds der EU.</p>
<p>Triebkräfte und Erfolgsfaktoren im Bereich der Umsetzung</p>	<p>In allen Gegenden der Region gibt es gute Wachstumsbedingungen. Die Hauptfaktoren für das Wachstum in der Region sind Kooperation und Dialog.</p>
<p>Übertragbarkeit</p>	<p>Die Cluster werden vor dem besonderen wirtschaftlichen Hintergrund relativ hoher Einkommen in der Region Süddänemark geschaffen. Das Vorgehen ist daher möglicherweise nur auf Regionen mit ähnlichen Wirtschaftsmerkmalen übertragbar.</p>
<p>Websites</p>	<p>Wachstumsforum: www.regionsyddanmark.dk/wm235842 und www.syddanmark2020.dk/en/ Spezialisierte Cluster: Welfare Tech: www.welfaretechregion.dk Lean Energy Cluster: www.leanenergy.dk design2innovate: www.design2innovate.dk Dänisches Offshore-Zentrum: www.offshorecenter.dk Lindoe Offshore Renewables Center (LORC): www.lorc.dk Vaeksthus Syddanmark: www.vhsyddanmark.dk</p>



Anhänge

Anhang 1: Nützliche Links und Informationsquellen

VERWALTUNGSBEHÖRDEN

Verwaltungsbehörden für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung

www.ec.europa.eu/regional_policy/manage/authority/authority_de.cfm

Verwaltungsbehörden für den Europäischen Sozialfonds

www.ec.europa.eu/esf/main.jsp?catId=45&langId=de

Verwaltungsbehörden für den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums

Links zu den Landwirtschaftsministerien in den Mitgliedstaaten sowie den Kandidatenländern und potenziellen Kandidatenländern

www.ec.europa.eu/agriculture/links-to-ministries/index_de.htm

Verwaltungsbehörden für den Europäischen Fischereifonds bzw. den Europäischen Meeres- und Fischereifonds

Liste der nationalen Fischereibehörden:

www.ec.europa.eu/fisheries/cfp/eff/apply_for_funding/national_authorities.pdf

Finanzierungsmöglichkeiten

STRUKTURFONDS

Inforegio-Seite zum Europäischen Fonds für regionale Entwicklung:

www.ec.europa.eu/regional_policy/index_de.cfm

Seite der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission zum Europäischen Sozialfonds:

www.ec.europa.eu/esf/home.jsp?langId=de

INTERREG A: Links zu den 52 grenzüberschreitenden Programmen:

www.ec.europa.eu/regional_policy/atlas2007/crossborder/index_en.htm

INTERREG B: Links zu den 13 transnationalen Programmen:

www.ec.europa.eu/regional_policy/atlas2007/transnat/index_en.htm

INTERREG IVC: Programm für multilaterale interregionale Zusammenarbeit öffentlicher Akteure in den Bereichen Innovation, Wissensökonomie, Umwelt und Risikovermeidung:

www.interreg4c.net

Leitfaden zu nützlichen Dokumenten

New Practical Guide to EU funding opportunities for research and innovation – Competitive European regions through research and innovation (Europäische Kommission, 2012)

Bewährte Verfahren: Listen und Datenbanken

„Small Business Act“ – Datenbank zu bewährten Verfahren:

www.ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/best-practices/database/SBA/index.cfm?fuseaction=welcome.detail

INTERREG-IVC-Datenbank:

www.interreg4c.eu/findGoodpractices.html

Datenbank zu Projekten der Regionalpolitik:

www.ec.europa.eu/regional_policy/indexes/project_examples_de.cfm

Datenbank zu Projekten der Regionalentwicklung:

www.ec.europa.eu/regional_policy/projects/stories/index_de.cfm

Datenbank zum Thema Policy Learning:

www.ec.europa.eu/regional_policy/projects/practices/index_de.cfm

Initiative „Regionen für den wirtschaftlichen Wandel“:

www.ec.europa.eu/regional_policy/cooperate/regions_for_economic_change/index_en.cfm

RegioStars-Auszeichnungen:

www.ec.europa.eu/regional_policy/cooperate/regions_for_economic_change/regiostars_en.cfm

ESF-Datenbank:

www.ec.europa.eu/esf/main.jsp?catId=466&langId=de

Konkrete Beispiele für die Möglichkeiten der Unterstützung durch den Europäischen Sozialfonds finden sich in dem Dokument „The ESF: supporting entrepreneurs and the self-employed“:

www.ec.europa.eu/esf/BlobServletdocId=149&langId=en

Datenbank der Projekte zur ländlichen Entwicklung:

www.enrd.ec.europa.eu/policy-in-action/rdp_view/search/en/search_en.cfm

Portal für ländliches Unternehmertum:

www.enrd.ec.europa.eu/themes/entrepreneurship/rural-entrepreneurship-gateway/en/rural-entrepreneurship-gateway_en.cfm

ELER-Projektbroschüren:

www.enrd.ec.europa.eu/publications-and-media/eafrd-project-brochures/de/eafrd_examples_of_projects_brochure_de.cfm

Bewährte Verfahren im Rahmen des EFF:

www.webgate.ec.europa.eu/fpfis/cms/farnet/tools/good-practices

Studie des Ausschusses der Regionen: „Implementation of the Small Business Act for Europe (SBA) and Entrepreneurship Policies at Local and Regional Level“ (mit bewährten Verfahren):

<http://cor.europa.eu/en/documentation/studies/Documents/SBA-FINAL-REPORT-EN.pdf>

Anhang 2: Verwaltungsbehörden

Im neuen Programmzeitraum kann es sein, dass die Verwaltung der Strukturfonds in einigen Fällen auf andere Einrichtungen übertragen wird. Einzelheiten und aktuelle Informationen dazu finden Sie auf der Website der GD REGIO: www.ec.europa.eu/regional_policy/manage/authority/authority_de.cfm

Hinweis: Die folgende Tabelle dient rein zu Informationszwecken. Die Angaben waren zur Zeit der Drucklegung korrekt. Vollständige und aktuelle Kontaktangaben finden Sie auf der Website der GD REGIO.

2.1 Verwaltungsbehörden für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung: vollständige Liste mit Kontaktangaben

AT - NRP ⁴¹	Käntner Wirtschaftsförderungsfonds	A-9020 Klagenfurt	
	Landesregierung Niederösterreich – Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik	A-3109 St. Pölten	
	Landesregierung Salzburg – Abteilung Wirtschaft, Tourismus und Energie	A-5020 Salzburg	
	Landesregierung Steiermark – Abteilung 14 – Wirtschaft / Innovation	A-8020 Graz	
	Landesregierung Tirol – Abteilung Raumordnung, Statistik	A-6020 Innsbruck	
	Landesregierung Oberösterreich – Direktion Wirtschaft	A-4021 Linz	
	Landesregierung Wien – Magistratsabteilung EU-Strategie und Wirtschaftsentwicklung	A-1080 Wien	
	Landesregierung Vorarlberg – Abteilung Europaangelegenheiten und Auslandsbeziehungen	A-6900 Bregenz	
	Regionalmanagement Burgenland GmbH – EU-Verwaltungsbehörde	A-7000 Eisenstadt	
- ETZ ⁴²	Amt der Oberösterreichischen Landesregierung – Abteilung Raumordnung – Überörtliche Raumordnung	A-4021 Linz	
	Stadt Wien – Magistratsabteilung EU-Strategie und Wirtschaftsentwicklung	A-1080 Wien	
	Stadt Wien – Magistratsabteilung EU-Strategie und Wirtschaftsentwicklung	A-1082 Wien	
	Amt der Landesregierung Salzburg	A-5010 Salzburg	
	Landesregierung Niederösterreich – Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik	A-3109 St. Pölten	
	Regionalmanagement Burgenland GmbH – EU-Verwaltungsbehörde	A-7000 Eisenstadt	
	BE - NRP	Gouvernement bruxellois	B-1000 Brüssel
		Gouvernement wallon – Secrétariat général – Département de la Coordination des Fonds structurels	B-5100 Namur (Jambes)
Vlaamse Overheid – Agentschap Ondernemen – Afdeling Europa Economie		B-1030 Brussel	
- ETZ		Gemeinsames Technisches Sekretariat	B-4700 Eupen
	POM Antwerpen	B-2018 Antwerpen	
	Région Wallonne – Direction pour les Relations extérieures	B-1080 Bruxelles	
BG - NRP	Ministerrat	BG-1000 Sofia	
	Ministerium für Wirtschaft und Energie – Direktion „Europäische Fonds für Wettbewerbsfähigkeit“	BG-1046 Sofia	
	Ministerium für Umwelt und Wasserwirtschaft – Direktion „Kohäsionspolitik für den Bereich Umwelt“	BG-1000 Sofia	
	Ministerium für Umwelt und Wasserwirtschaft – Direktion „Kohäsionspolitik“	BG-1000 Sofia	
	Ministerium für Regionalentwicklung und öffentliche Arbeiten – Generaldirektion „Planung der Regionalentwicklung“	BG-1000 Sofia	
Ministerium für Verkehr – Direktion „Koordination von Programmen und Projekten“	BG-1000 Sofia		

41. Nationale und regionale Programme

42. Europäische territoriale Zusammenarbeit

CY - NRP	Planning Bureau – Directorate of Structural Funds and Cohesion Fund	CY-1409 Nicosia
CZ - NRP	Ministerium für Regionalentwicklung – Nationale Koordinationsbehörde	CZ-110 15 Praha 1
	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	CZ-118 12 Praha 1
	Umweltministerium	CZ-100 10 Praha 1
	Ministerium für Industrie und Handel	CZ-112 49 Praha 1
	Verkehrsministerium	Nábř. LudvíkaSvobody 1222/12
	Prager Rathaus – Abteilung für EU-Fonds	CZ-110 00 Praha 1
	Regionalrat der Kohäsionsregion Mittelböhmen	CZ-150 21 Praha 1
	Regionalrat der Region Mittelmähren	CZ-779 00 Olomouc
	Regionalrat der Kohäsionsregion Mähren-Schlesien	CZ-702 00 Ostrava
	Regionalrat der Kohäsionsregion Nordost	CZ-500 04 Hradec Králové
	Regionalrat der Kohäsionsregion Nordwest	CZ-400 01 Ústí nad Labem
	Regionalrat der Kohäsionsregion Südost	CZ-602 00 Brno
	Regionalrat der Kohäsionsregion Südwest	CZ-370 01 České Budějovice
- ETZ	Ministerium für Regionalentwicklung – Abteilung „Europäische territoriale Zusammenarbeit“	CZ-110 15 Praha 1
DK - NRP	Dänisches Amt für Wirtschaft und Bauwesen	DK-8600 Silkeborg
- ETZ	Dänisches Amt für Wirtschaft und Bauwesen	DK-8800 Viborg
	Gemeinsames Technisches Sekretariat für das Teilprogramm Öresund	DK-1610 København V
	Region Syddanmark – Regionales Udvikling	DK-7100 Vejle
	Region Sjælland – Regionalabteilung für Entwicklung und Auslandsbeziehungen	DK-4180 Sorø
EE - NRP	Finanzministerium der Republik Estland	EE-15006 Tallinn
- ETZ	Innenministerium der Republik Estland	EE-15065 Tallinn
FI - NRP	Regionalregierung der Åland-Inseln – Ministerium für Handel und Industrie	FIN-AX-22111 Mariehamn, Åland
	Ministerium für Beschäftigung und Wirtschaft	FIN-00023 Government
- ETZ	Regionalrat Südwestfinland	FIN-20101 Turku
FR - NRP	Mission Europe du secrétaire général pour les affaires régionales (SGAR) – Préfecture de la région Pays de la Loire	F-44035 Nantes Cedex 1
	Préfecture de la région Basse-Normandie	F-14038 Caen Cedex
	Préfecture de la région 'Centre'	
	Préfecture de la région Aquitaine	F-33077 Bordeaux Cedex
	Préfecture de la région Auvergne	F-63033 Clermont-Ferrand Cedex
	Préfecture de la région Bretagne	F-35065 Rennes Cedex 9
	Préfecture de la région Champagne-Ardenne	F-51036 Châlons-en-Champagne Cedex
	Préfecture de la région Corse	F-20188 Ajaccio Cedex 1
	Préfecture de la région Franche-Comté	F-25035 Besançon Cedex
	Préfecture de la région Guadeloupe	F-97109 Basse-Terre Cedex
	Préfecture de la région Haute-Normandie	F-76036 Rouen Cedex
	Préfecture de la région Ile-de-France	F-75700 Paris Cedex 7
	Préfecture de la région Languedoc-Roussillon	F-34062 Montpellier Cedex 2

	Préfecture de la région Limousin	F-87031 Limoges Cedex
	Préfecture de la région Lorraine	F-57034 Metz Cedex 1
	Préfecture de la région Martinique	F-97262 Fort-de-France Cedex
	Préfecture de la région Midi-Pyrénées	F-31038 Toulouse Cedex 9
	Préfecture de la région Nord Pas-de-Calais	2, rue Jacquemars Gielée
	Préfecture de la région Picardie	F-80020 Amiens Cedex 9
	Préfecture de la région Poitou-Charentes	F-86021 Poitiers Cedex
	Préfecture de la région Provence-Alpes-Côte-d'Azur	F-13282 Marseille Cedex 20
	Préfecture de la région Rhône-Alpes	31, rue Mazenod
	Préfecture de la région de La Réunion	F-97405 Saint Denis
	Préfecture de région Guyane	F-97300 Cayenne
	Région Alsace – Direction des Relations Européennes et Internationales	F-67070 Strasbourg Cedex
- ETZ	AGILE (Agence de Gestion des Initiatives Locales en matière Européenne)	F-97400 Saint Denis
	Autorités d'INTERREG IV Saarland – Moselle - Lorraine - Westpfalz	F-35026 Rennes
	Conseil Régional Provence-Alpes Côte d'Azur	F-13481 Marseille Cedex 20
	Conseil Régional de La Réunion	F-97719 Saint Denis Cedex 9
	Conseil Régional de la Guyane	F-97307 Cayenne Cedex
	Conseil régional Nord – Pas-de-Calais, Lille, France	F-59555 LILLE Cedex
	Conseil régional de Haute Normandie	F-76174 Rouen Cedex 1
	INTERREG IV West – Joint Technical Secretariat	F-59800 Lille
	Ministère du travail, des relations sociales, de la famille, de la solidarité et de la ville – Secrétariat Général du Comité Interministériel des Villes	F-93217 Saint Denis la Plaine CEDEX
	Regional Council of Guadeloupe	F-97100 Basse-Terre
	Secrétariat technique conjoint	F-25031 Besançon
	Secrétariat technique conjoint	F-67070 Strasbourg Cedex
	URBACT	F-93217 Saint-Denis la Plaine CEDEX
DE - NRP	Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	D-80525 München
	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation	D-20459 Hamburg
	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	D-10115 Berlin
	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	D-11015 Berlin
	Der Senator für Wirtschaft und Häfen	D-28195 Bremen
	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung	D-65185 Wiesbaden
	Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	D-70182 Stuttgart
	Ministerium der Finanzen	D-39108 Magdeburg
	Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg	D-14473 Potsdam
	Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft	D-66119 Saarbrücken
	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie des Freistaates Thüringen	D-99105 Erfurt
	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein	D-24171 Kiel
	Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern	D-19053 Schwerin

	Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz	D-55116 Mainz
	Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	D-30159 Hannover
	Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung in Europa	D-30001 Hannover
	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen	D-10820 Berlin
	Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern	D-19053 Schwerin
	Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	D-01073 Dresden
	Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	Max-Reger-Straße 4-8
	Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen	D-40213 Düsseldorf
- ETZ	Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	D-80525 München
	Investitionsbank Schleswig-Holstein – Gemeinsames Technisches Sekretariat Rostock	D-18055 Rostock
	Gemeinsames Technisches Sekretariat – Entwicklungsagentur Nord GmbH	D-24941 Flensburg
	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern – Abteilung 2, Referat 250, Europäische territoriale Zusammenarbeit INTERREG	D-19053 Schwerin
	Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen	D-40213 Düsseldorf
	Regierungspräsidium Tübingen	D-72072 Tübingen
EL - NRP	Nationaler strategischer Rahmenplan für Griechenland – Sondersekretariat	EL-10180 Athen
	Sonderverwaltungsamt für das operationelle Programm „Wettbewerbsfähigkeit und Unternehmertum“	EL-115 27 Athen
	Sonderverwaltungsamt für das operationelle Programm „Digitale Konvergenz“	EL-105 62 Athen
	Sonderverwaltungsamt für das operationelle Programm „Umwelt und nachhaltige Entwicklung“	EL-115 27 Athen
	Sonderverwaltungsamt für das operationelle Programm „Verbesserung der Verkehrsanbindung“	EL-114 71 Athen
	Sonderverwaltungsamt für das operationelle Programm „Technische Hilfe“	EL-105.57 Athen
	Sonderverwaltungsamt für die regionalen operationellen Programme	EL-101 80 Athen
	YPEXODE (Ministerium für Umwelt, Raumordnung und öffentliche Arbeiten) – Generalsekretariat	
	ΥΠΟΥΡΓΕΙΟ ΑΝΑΠΤΥΞΗΣ, ΑΝΤΑΓΩΝΙΣΤΙΚΟΤΗΤΑΣ ΚΑΙ ΝΑΥΤΙΛΙΑΣ	EL-101 80 Αθήνα
HU - NRP	Verwaltungsbehörde der Generaldirektion für die Öffentlichkeit – Verwaltungsreformprogramm der nationalen Entwicklungsagentur	HU-1077 Budapest
	Verwaltungsbehörde der Generaldirektion für Transport der nationalen Entwicklungsagentur	HU-1077 Budapest
	Verwaltungsbehörde für Wirtschaftsförderungsprogramme – Generaldirektion der nationalen Entwicklungsagentur	HU-1077 Budapest
	Nationale Entwicklungsagentur – Verwaltungsbehörde für die regionalen operationellen Programme	HU-1077 Budapest, VII.
- ETZ	Gemeinsames Technisches Sekretariat	HU-1016 Budapest
	Nationale Entwicklungsagentur	HU-1077 Budapest
	Nationale Entwicklungsagentur	HU-1133 Budapest
	Behörde der nationalen Entwicklungsagentur – Programme für die internationale Zusammenarbeit	HU-1077 Budapest
IE - NRP	Border, Midland and Western Regional Assembly	

	Southern and Eastern Regional Assembly	IRL- Co. Waterford
- ETZ	Southern and Eastern Regional Assembly	
IT - NRP	Autorità di gestione, FESR – Programma regionale operativo per la Sardegna – Assessorato della Programmazione, Bilancio, Credito e Assetto del Territorio – Centro Regionale di Programmazione	I-09123 Cagliari
	Bagnolifutura S.p.A. di Trasformazione Urbana	I-80124 Napoli
	Generaldirektion für wirtschaftliche Entwicklung	I-50127 Firenze
	Direzione Centrale Relazioni Internazionali – Servizio Politiche Comunitarie	I-34132 Trieste
	Direzione Programmazione Economica e Partecipazione	I-00147 Roma
	Direzione Programmi Comunitari	I-30125 Venezia
	Dirigente del Settore Programmazione e Politiche Comunitarie – Direzione Generale Programmazione e Finanza	I-70126 Bari
	Regionales operationelles Programm für Sardinien – Assessorato della Programmazione, Bilancio, Credito e Assetto del Territorio Centro Regionale di Programmazione	I-09123 Cagliari
	Ministero dell'Università e della Ricerca	I-00144 Roma
	Ministero della Pubblica Istruzione	I-00153 Roma
	Ministero delle Infrastrutture e dei Trasporti	I-00161 Roma
	Ministero dello Sviluppo Economico – PON Governance e AT FESR – Dipartimento per lo Sviluppo e la Coesione Economica – DG per la Politica Regionale Unitaria Comunitaria	I-00187 Roma
	Piccola Media Impresa e Cooperazione – Unità Organizzativa Competitività del Sistema delle Imprese della Direzione Generale Industria	I-20124 Milano
	Presidenza Regione Siciliana – Dipartimento della Programmazione	I-90139 Palermo
	Presidenza della Giunta Regionale – Area di Coordinamento delle Politiche Comunitarie	I-70122 Bari
	Provincia Autonoma di Bolzano	I-39100 Bolzano
	Provincia autonoma di Trento – Servizio rapporti comunitari e sviluppo locale	I-38100 Trento
	Region Abruzzen – Abteilung für internationale Angelegenheiten	I-67100 L'Aquila
	Regione Basilicata-Autorità di Gestione del POR Basilicata FESR	I-75100 Potenza
	Regione Calabria – Dipartimento Programmazione Nazionale e Comunitaria	I-88100 Catanzaro
	Regione Emilia-Romagna – Direzione generale Attività Produttive, Commercio e Turismo	I-40127 Bologna
	Regione Liguria – Autorità di Gestione del POR Liguria FESR	I-16121 Genova
	Regione Marche	I-60125 Ancona
	Regione Molise –Autorità di Gestione del POR Molise FESR	I-86100 Campobasso
	Regione Piemonte	I-10152 Torino
	Regione Umbria – Giunta regionale – Area della Programmazione regionale	I-06124 Perugia
	Regione autonoma Valle d'Aosta – Servizio programma per lo sviluppo regionale	I-11100 Aosta
- ETZ	Provincia Autonoma di Bolzano – Ripartizione Affari Comunitari – Ufficio integrazione European Commission	I-39100 Bolzano
	Regione Friuli Venezia Giulia – DCRICAL – Servizio Rapporti Comunitari ed Integrazione europea	I- Trieste
	Regione Piemonte – Direzione A14 – Opere pubbliche, Difesa del suolo, Economia montana e foreste	I-10128 Torino

	Regione Siciliana – Ufficio Speciale per la cooperazione decentrata allo sviluppo e alla solidarietà internazionale	I-90100 Palermo
	Servizio Attività Internazionali – Regione Toscana	I- Firenze
	Servizio Attività Internazionali – Direktion für internationale Angelegenheiten	I-67100 L'Aquila
	Ufficio Infrastrutture, impianti e Cooperazione Transfrontaliera – DG Giovani, sport e promozione attività turistica	I-20124 Milan
LV - NRP	Finanzministerium	LV-1919 Riga
- ETZ	Ministerium für Umweltschutz und Regionalentwicklung	LV-1050 Riga
LT - NRP	Finanzministerium der Republik Litauen	LT-01512 Vilnius
- ETZ	Innenministerium der Republik Litauen – Abteilung Regionalpolitik	LT-01510 Vilnius
LU - NRP	Ministre de l'Economie et du Commerce Extérieur	L-2914 Luxembourg
- ETZ	ESPON-Koordinierungseinheit	L-4221 Esch-sur-Alzette
	Ministère de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire	L-2341 Luxembourg
MT - NRP	Planning and Priorities Coordination Department – Office of the Prime Minister	MT-VLT 1210 Valletta
NL - NRP	College van B&W Gemeente Rotterdam	NL-3000 KP Rotterdam
	Provincie Gelderland Europees Programmasecretariaat – Afdeling Subsidieverlening	NL-6800 GX Arnhem
	Provincie Noord-Brabant	NL-5200 MC 's-Hertogenbosch
	Samenwerkingsverband Noord-Nederland (SNN)	NL-9700 AT Groningen
- ETZ	Stichting Euregio Maas-Rhein	NL-6202 Maastricht
PL - NRP	Rat der Woiwodschaft Kujawsko-Pomorskie – Marschallamt	PL-87-100 Torun
	Rat der Woiwodschaft Lubelskie – Marschallamt	PL-20-074 Lublin
	Rat der Woiwodschaft Mazowieckie – Marschallamt	PL-03-719 Warszawa
	Rat der Woiwodschaft Podkarpackie – Marschallamt	PL-35-010 Rzeszów
	Rat der Woiwodschaft Podlaskie – Marschallamt	PL-15-888 Białystok
	Rat der Woiwodschaft Pomorskie – Marschallamt	PL-80-810 Gdańsk
	Rat der Woiwodschaft Łódzkie – Marschallamt	PL-90-051 Łódź
	Rat der Woiwodschaft Świętokrzyskie – Marschallamt	PL-25-516 Kielce
	Abteilung für Regionalentwicklung – Marschallamt	PL-50-411 Wrocław
	Management Board der Region Lubuskie – Marschallamt der Region Lubuskie	PL-65-057 Zielona Góra
	Marschallamt der Woiwodschaft Opolskie	PL-45-082 Opole
	Marschallamt der Woiwodschaft Warminsko-Mazurskie	PL-10-562 Olsztyn
	Management Board der Region Małopolska – Marschallamt	PL-31-156 Kraków
	Ministerium für Regionalentwicklung	PL-00-926 Warszawa
	Management Board der Region Wielkopolska – Marschallamt	PL-61-713 Poznań
	Management Board der Region Zachodniopomorskie – Marschallamt	PL-70-540 Szczecin
	Management Board der Region Śląskie – Marschallamt der Woiwodschaft Śląskie	PL-40-037 Katowice
- ETZ	Ministerium für Regionalentwicklung – Abteilung für territoriale Zusammenarbeit	PL-00-926 Warszawa
PT - NRP	Operationelles Programm „Factores de Competitividade“	P-1998-014 Lisboa
	Inspecção-Geral de Finanças (IGF)	P-1199-005 Lisboa
	Instituto Financeiro para o Desenvolvimento Regional (IFDR, IP)	P-1149-030 Lisboa

	Instituto de Desenvolvimento Empresarial da Região Autónoma da Madeira (IDERAM)	P-9000-060 Funchal
	Programa Operacional Factores de Competitividade (COMPETE)- Comissão Directiva	P-1169-028 Lisboa
	Programa Operacional Regional da Madeira (INTERVIR +) – Instituto de Desenvolvimento Regional	P-9000-715 Funchal
	Programa Operacional Regional de Lisboa (PORLisboa) – Comissão de Coordenação e Desenvolvimento Regional de Lisboa e Vale do Tejo	P-1269-145 Lisboa
	Programa Operacional Regional do Alentejo (INALENTEJO) – Comissão de Coordenação e Desenvolvimento Regional do Alentejo	P-7004-514 Évora
	Programa Operacional Regional do Algarve (ALGARVE 21) – Comissão de Coordenação e Desenvolvimento Regional do Algarve	P-8000-164 Faro
	Programa Operacional Regional do Centro (MAIS CENTRO) – Comissão de Coordenação e Desenvolvimento Regional do Centro	P-3000-069 Coimbra
	Programa Operacional Regional do Norte (ON 2) – Comissão de Coordenação e Desenvolvimento Regional do Norte	P-4150-304 Porto
	Programa Operacional Temático Valorização do Território (POVT)	P-1998-014 Lisboa
	Programa Operacional dos Açores para a Convergência (PROCONVERGÊNCIA) – Direcção Regional do Planeamento e Fundos Estruturais – DRPFE	P-9701-853 Angra do Heroísmo
- ETZ	Comissão de Coordenação e Desenvolvimento Regional do Norte (CCDR-N)	P-4150-034 Porto
RO - NRP	Ministerul Transporturilor si Infrastructurii – Directia Generala Relatii Financiare Externe – Autoritatea de Management pentru Programul Operational Sectorial de Transport	RO-010873 Bukarest
	Ministerium für Wirtschaft, Handel und Geschäftsbedingungen – Sektor 1	RO-010096 Bukarest
	Ministerium für Umwelt und Wälder – Sektor 5	RO- Bukarest
	Ministerium für europäische Angelegenheiten	RO- București
	Ministerium für öffentliche Finanzen	
	Ministerium für Regionalentwicklung und Tourismus – Sektor 5	
	Ministerium für Verkehr und Infrastruktur – Sektor 1	RO-010873 Bukarest
- ETZ	Ministerium für Entwicklung, öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau	RO-050741 Bukarest
SK - NRP	Ministerstvo hospodarstva	SK-827 15 Bratislava
	Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	SK-825 25 Bratislava
	Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	SK-825 25 Bratislava 26
	Ministerium für Bauwesen und Regionalentwicklung	SK-825 25 Bratislava
	Gesundheitsministerium der Slowakischen Republik – Strukturfondsreferat	SK-837 52 Bratislava
	Ministerium für Verkehr, Bauwesen und Regionalentwicklung	SK-810 05 Bratislava
	Umweltministerium	SK-812 35 Bratislava
	Regierungsamt der Slowakischen Republik	SK-813 70 Bratislava
- ETZ	Autonome Region Bratislava	SK-820 05 Bratislava 25
	Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung – Agentur für regionale Entwicklungsförderung	SK-825 25 Bratislava
SI - NRP	Regierungsstelle für lokale Selbstverwaltung und Regionalpolitik	SI-1000 Ljubljana
	Služba Vlade Republike Slovenije za lokalno samoupravo in regionalno politiko	SI-1000 Ljubljana
- ETZ	Regierungsstelle für lokale Selbstverwaltung und Regionalpolitik	SI-1000 Ljubljana

	Regierungsstelle für lokale Selbstverwaltung und Regionalpolitik – Verwaltungsbehörde für das operationelle Programm „Slowenien – Ungarn“	SI-2000 Marbior
	Služba Vlade Republike Slovenije za lokalno samoupravo in regionalno politiko	SI-1000 Ljubljana
ES - NRP	Aguas de las Cuencas Mediterráneas (ACUAMED) – Dirección de Administración y Finanzas	E-46000 Valencia
	Ministerio de Economía y Hacienda – Dirección General de Fondos Comunitarios, Subdirección General de Administración del FEDER	E-28071 Madrid
	Ministerio de Economía y Hacienda – Dirección General de Fondos Comunitarios, Subdirección General de Fondo de Cohesión y Cooperación Territorial Europea	E-162. 28046 Madrid
	Ministerio de Economía y Hacienda – Madrid, España – Dirección General de Fondos Comunitarios, Subdirección General de Administración del FEDER	E-28071 Madrid
	Subdirección General de Fondo de Cohesión y Cooperación Territorial Europea	E-162. 28046 Madrid
- ETZ	CONSORCIO CTP	E-22700 Jaca
	Dirección General de Economía, Gobierno de Cantabria	E-39003 Santander
	Dirección General de Planificación y Presupuesto del Gobierno de Canarias – Gemeinsames Technisches Sekretariat	E-35007 Las Palmas de Gran Canaria
SE - NRP	Verwaltungsrat der Provinz Jämtland (Länsstyrelsen i Jämtland)	S-831 86 Östersund
	Tillväxtverket (Schwedische Agentur für Wirtschafts- und Regionalwachstum)	S-201 20 Malmö
	Tillväxtverket	S-701 45 Örebro
	Tillväxtverket	S-550 02 Jönköping
	Tillväxtverket	S-97128 Lulea
	Tillväxtverket	S-4044 Stockholm
	Tillväxtverket	S-801 05 Gävle
	Tillväxtverket	S-97128 Lulea
	Tillväxtverket	S-831 03 Östersund
	Tillväxtverket	S-404 26 GÖTEBORG
- ETZ	Gemeinsames Technisches Sekretariat für das Teilprogramm Kattegat-Skagerrak	S-S-434 22 Kungsbacka
	Schwedische Agentur für Wirtschafts- und Regionalwachstum	S-S-201 20 Malmö
	Verwaltungsrat der Provinz Jämtland (Länsstyrelsen i Jämtland)	S-831 86 Östersund
	Verwaltungsrat der Provinz Norrbotten (Länsstyrelsen i Norrbotten)	S-971 86 Luleå
	Verwaltungsrat der Provinz Västerbotten	S-901 86 Umeå
UK - NRP	Cornwall and the Isles of Scilly Convergence Programme – ERDF Secretariat, Department for Communities and Local Government (DCLG)	UK-TR1 2JD Truro, Cornwall
	Department for Communities and Local Government	UK-B3 2PW Birmingham
	Department for Communities and Local Government	Bressenden Palace, London
	Department for Communities and Local Government	UK-NE1 4WH Newcastle upon Tyne
	Department for Communities and Local Government	UK-GU1 1YA Guildford
	Department for Communities and Local Government (DCLG) – ERDF Secretariat	UK-EX4 4UD Exeter

	Department of Enterprise, Trade and Investment – European Programmes	Massey Avenue
	European Policy & Programmes Team – East Midlands Development Agency (emda)	UK-NG2 4LA Nottingham
	England (alle ERDF-Programme) – Communities and Local Government (CLG)	UK-SW1E 5DU London
	Gibraltar – European Union Programmes Secretariat – EU & International Department	UK- Gibraltar
	Greater London Authority – European Programmes Management Unit	UK-SE1 2AA London
	Highlands and Islands of Scotland – HIPP	UK-IV3 5 SQ Scotland
	Lowlands and Uplands of Scotland – ESEP	UK-KY11 1NZ Scotland
	Northwest Regional Development Agency	UK-WA1 1XB Cheshire
	One North East (Regional Development Agency)	UK-NE15 8NY Newcastle upon Tyne
	Welsh European Funding Office	UK- Wales

2.2 Verwaltungsbehörden für den Europäischen Sozialfonds: vollständige Liste mit Kontaktangaben

Im neuen Programmzeitraum kann es sein, dass die Verwaltung der Strukturfonds in einigen Fällen auf andere Einrichtungen übertragen wird. Einzelheiten und aktuelle Informationen dazu finden Sie auf der Website der GD Beschäftigung: www.ec.europa.eu/esf/main.jsp?catId=45&langId=de

Hinweis: Die folgende Tabelle dient rein zu Informationszwecken. Die Angaben waren zur Zeit der Drucklegung korrekt. Vollständige und aktuelle Kontaktangaben finden Sie auf der Website der GD Beschäftigung.

AT	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	A-1010 Wien
BE	Flämische Gemeinschaft Belgiens – Agentschap Vlaanderen vzw	B-1000 Brüssel
	Französische Gemeinschaft Belgiens – Communauté française Agence FSE	B-1060 Bruxelles
	Région Bruxelles-Capitale/Actiris, Office régional bruxellois de l'emploi	B-1000 Bruxelles
	Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien	1B-4700 Eupen
	SPP Intégration Sociale – FSE	B-1000 Brussels
BG	EU-Fonds, internationale Programme und Projekte – GD Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik	BG-1051 Sofia
	Operationelles Programm – Direktion für Verwaltungskapazitäten	BG -1040 Sofia
CY	Planungsamt	
CZ	Ministerium für Arbeit und Soziales – Abteilung für die ESF-Verwaltung	CZ-128 01 Praha 2
DK	Nationale Agentur für Unternehmen und Bauwesen	
EE	Haridus- ja Teadusministeerium	EE-50088 Tartu
FI	Ministerium für Arbeit und Wirtschaft – Työ- ja elinkeinoministeriö	
FR	Ministerium für Wirtschaft, Industrie und Beschäftigung – Subdirektion ESF	
DE	Bundesministerium für Arbeit und Soziales – Gruppe Soziales Europa	D-53123 Bonn
EL	Amt für die Koordinierung und Überwachung von ESF-Maßnahmen (EYSEKT)	
HU <i>Dr. Tamás Palicz</i>	Leiter der Programme für Humanressourcen – Verwaltungsbehörde: Nationale Entwicklungsagentur	

IE <i>Herr Vincent Landers</i>	ESF Policy and Operations Unit – Department of Education & Skills	Dublin 1
IT	Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik – GD für berufliche Orientierung und Schulungsmaßnahmen	I-00192 Roma
LV <i>Frau Kristīne Dortāne</i>	Leiterin der Abteilung „EU-Finanzhilfen und ESF“ – Finanzministerium, Abt. EU-Fonds	LV-1919 Rīga
LT	Finanzministerium	
LU <i>Frau Patrice Furlani</i>	Autorité de Gestion FSE Département Emploi du Ministère du Travail et de l'Emploi	LU-2939 Luxembourg
MT	Managing Authority of the ESF programme OPM PPCD	Valletta CMR 02
NL	Ministerie van Sociale Zaken en Werkgelegenheid	NL-2595 AN Den Haag
PL <i>Frau Agata Krzewińska</i>	Abteilung für die ESF-Verwaltung – Ministerium für Regionalentwicklung	Warschau
<i>Frau Sylwia Kowalczyk</i>	Abteilung für die ESF-Verwaltung – Ministerium für Regionalentwicklung	Warschau
PT	Institut für die Verwaltung des Europäischen Sozialfonds	P-1250-066 Lisboa
RO	Verwaltungsbehörde für das sektorale operationelle Programm „Entwicklung der Humanressourcen“	cod 011158, Bukarest - Rumänien
	Verwaltungsbehörde für das operationelle Programm „Entwicklung der Verwaltungskapazitäten“	Bukarest - Rumänien
SK	Operationelles Programm „Bildung“ – Bildungsministerium	
	Operationelles Programm „Beschäftigung und soziale Eingliederung“ – Ministerium für Arbeit, Soziales und Familie	SK-816 43 Bratislava
SI <i>Frau Mateja Čepin</i>	Leiterin der Abteilung „EU-Kohäsionspolitik“ – Regierungsstelle für lokale Selbstverwaltung und Regionalpolitik	SI-1000 Ljubljana
ES	Ministerium für Arbeit und Soziales – ESF-Referat	E-28009 Madrid
SE	Swedischer ESF-Rat – Radet for Europeiska socialfonden i Sverige	Schweden
UK - Wales	Welsh European Funding Office (WEFO) – Welsh Assembly Government	CF48 1UZ
England <i>Mr James Ritchie</i>	Department for Work and Pensions – European Social Fund Division	Sheffield S1 2GQ
Schottland <i>Mr Gordon McLaren</i>	(Lowlands and Uplands Programme) ESEP Ltd.	Inverkeithing Fife, KY11 1NZ
Schottland <i>Mr Dennis Malone</i>	(Highlands and Islands Programme) HIPP Ltd.	Inverness, IV3 5SQ
Nordirland	N. Ireland ESF Programme 2007-13, M.A. Unit: Dept. for Employment & Learning	Belfast BT2 8FD

Notizen

Notizen

Ratgeberserie Unterstützung von KMU-Politikmaßnahmen aus Strukturfondsmitteln

Nutzung der
Strukturfonds für
Politikmaßnahmen zur
Förderung von KMU
und Unternehmergeist

ISBN 978-92-79-41803-7



9 789279 418037